

Böhme, Stefan; Eigenhüller, Lutz

Research Report

Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten: Länderstudie Bayern

IAB-Regional. IAB Bayern, No. 01/2005

Provided in Cooperation with:

Institute for Employment Research (IAB)

Suggested Citation: Böhme, Stefan; Eigenhüller, Lutz (2005) : Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten: Länderstudie Bayern, IAB-Regional. IAB Bayern, No. 01/2005, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/177948>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten

Länderstudie Bayern

Stefan Böhme
Lutz Eigenhüller

Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten

Länderstudie Bayern

Stefan Böhme
Lutz Eigenhüller

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	7
2	Zum Bundesland Bayern	8
2.1	<i>Allgemeines</i>	8
2.2	<i>Schlaglichter auf die Entwicklung und die Lage der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts</i>	8
2.2.1	<i>Entwicklungslinien der bayerischen Wirtschaft</i>	9
2.2.2	<i>Ausgewählte Daten zur Wirtschaft und zum Arbeitsmarkt</i>	13
3	Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten: Methode, Modell und Resultate für Westdeutschland	14
3.1	<i>Branchenstruktur - Positive Wirkung der Dienstleistungen</i>	16
3.2	<i>Betriebsgröße - Größere Betriebe mit negativer Wirkung</i>	18
3.3	<i>Qualifikationsstruktur - Hochqualifizierte günstig für Beschäftigungswachstum</i>	19
3.4	<i>Löhne - Höhere Löhne wirken negativ</i>	20
3.5	<i>Regionale Standortbedingungen - Die „Schatzkarte“</i>	22
4	Die Analyseergebnisse für das Bundesland Bayern	23
4.1	<i>Die Beschäftigungsentwicklung in Bayern</i>	23
4.2	<i>Brancheneffekt</i>	27
4.3	<i>Betriebsgrößeneffekt</i>	31
4.4	<i>Qualifikationseffekt</i>	33
4.5	<i>Lohneffekt</i>	35
4.6	<i>Standorteffekte: Bundeslandeffekt und Kreiseffekt</i>	37
4.7	<i>Der Landkreis Freising</i>	42
4.8	<i>Der Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge</i>	43
5	Zusammenfassung	45
	Anhang	49
	Literaturverzeichnis	53

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Durchschnittliche jährliche Veränderung der Beschäftigung in den alten Bundesländern zwischen 1993 und 2001 in Prozent	24
Abbildung 2: Branchenstruktur Bayern	28

Kartenverzeichnis

Karte 1: Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten der Beschäftigung in Bayern, 1993 bis 2001	26
Karte 2: Brancheneffekte in Bayern	30
Karte 3: Betriebsgrößeneffekte in Bayern	32
Karte 4: Qualifikationseffekte in Bayern	34
Karte 5: Lohneffekte in Bayern	36
Karte 6: Regionale Effekte auf Kreisebene in Bayern	41

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Branchenstruktur - Anteile der Beschäftigten nach Branchen in Westdeutschland und ihre Beschäftigungswirkung	17
Tabelle 2: Betriebsgröße - Anteile der Beschäftigten nach Betriebsgrößeklassen in Westdeutschland und ihre Beschäftigungswirkung	18
Tabelle 3: Qualifikationsstruktur - Anteile der Beschäftigten nach Qualifikationsstufe in Westdeutschland und ihre Beschäftigungswirkung	19
Tabelle 4: Löhne - Beschäftigungswirkung nach Branchen	21
Tabelle 5: Anzahl der Landkreise und kreisfreien Städte Bayerns nach Regions- und Kreistyp	39

Kurzzusammenfassung

Die Betrachtung wirtschaftlicher Indikatoren wie der Beschäftigungsentwicklung, dem Einkommen oder der Arbeitslosigkeit zeigt erhebliche regionale Unterschiede, die auch über längere Zeit bestehen bleiben. Das Projekt „Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten“ (VALA) des regionalen Forschungsnetzes des IAB stellt die Frage nach dem „Warum“ der regional unterschiedlichen Entwicklung am Beispiel des Beschäftigungswachstums. Die vorliegende Studie stellt die Resultate für das Bundesland Bayern und die bayerischen Kreise vor.

Für die Analyse wurden als wichtige ökonomische Einflussfaktoren die Branchenstruktur, die Betriebsgrößenstruktur, die Qualifikationsstruktur und das Lohnniveau berücksichtigt. Außerdem wurde ein Standorteffekt ermittelt, der spezifische regionale Einflüsse auf das Beschäftigungswachstum abbildet. Die Analyseermethode ermöglicht es, die Effekte der einzelnen Determinanten auf die Beschäftigungsentwicklung zu identifizieren, zu quantifizieren und getrennt voneinander auszuweisen. So lassen sich die Gründe für das unterschiedliche Wachstum differenziert darstellen.

Bayern weist im Beobachtungszeitraum 1993 bis 2001 im Gegensatz zu Westdeutschland und den meisten anderen westdeutschen Bundesländern ein Beschäftigungswachstum auf. Das durchschnittliche jährliche Wachstum der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung betrug in Bayern plus 0,15 Prozent, während im westdeutschen Durchschnitt die Beschäftigung um 0,19 Prozent zurückging. Von den erklärenden Variablen weist der Standorteffekt des Bundeslandes den stärksten positiven Wert aus. Das heißt, es gibt spezifische bayerische Faktoren, die sich günstig auf die Beschäftigungsentwicklung auswirken. Ein mögliche Erklärung sind arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Programme, wie die Technologie- und Innovationspolitik des Landes. Auch so genannte „weiche“ Standortfaktoren wie die Lebensqualität, das Image des Bundeslandes und das Handeln regionaler Akteure kommen in Frage. Die tatsächliche Bedeutung dieser und weiterer regionaler Spezifika muss allerdings überprüft werden, bevor dazu abschließende Aussagen möglich sind. Gegenüber dem Standortfaktor fällt der Effekt der anderen Variablen geringer aus. So errechnet sich für die Branchenstruktur ein geringer negativer Effekt, da bspw. manche Dienstleistungsbranchen, die positiv auf das Beschäftigungswachstum wirken, im Vergleich mit Westdeutschland leicht unterdurchschnittlich vertreten sind. Auch das Lohnniveau wirkt leicht negativ, bedingt durch die „Hochlohnregion“ um München. Ebenfalls gering, aber positiv, ist dagegen der Effekt der Qualifikationsstruktur. Ausschlaggebend dafür ist, dass der Anteil der hoch qualifizierten Beschäftigten in Bayern etwas über dem Anteil der Hochqualifizierten in Westdeutschland liegt. Bei der Betriebsgröße ist die Struktur im Freistaat dem westdeutschen Durchschnitt so ähnlich, dass der Effekt null beträgt.

Auf Kreisebene zeigt sich bei der Beschäftigungsentwicklung tendenziell das bekannte Gefälle zwischen Süd- und Nordbayern, mit sehr guten Ergebnissen für Oberbayern und schlechterer Entwicklung in Nordostbayern. Auffällig sind die Beschäftigungsgewinne der Kreise im Umland der Kernstädte. Hier spiegeln sich Suburbanisierungstendenzen wider. Generell sind die Gründe für die unterschiedliche Entwicklung der Kreise und Städte vielfältig. In manchen Regionen führen z. B. „altindustrielle“ Strukturen zu sehr ungünstigen Brancheneffekten mit negativen Folgen für das Beschäftigungswachstum. Im Raum München überwiegen dagegen positive Standort- und Brancheneffekte die vergleichsweise stark negative Wirkung des überdurchschnittlichen Lohnniveaus, so dass trotz hoher Löhne Beschäftigungszuwächse erreicht werden. Auffallend ist, dass gerade auf kleinräumiger Ebene

der regionale Standorteffekt oft sehr hohe Werte erreicht und dementsprechend von großer Bedeutung ist.

Dieses Ergebnis verdeutlicht, dass spezifische regionale Bedingungen ein wichtiger Ansatzpunkt für die Einflussnahme auf die regionale Entwicklung sein können, an denen mit langfristig angelegten, passgenauen lokalen Förderkonzepten gearbeitet werden kann. Die Analyse zeigt außerdem die starke positive Wirkung eines hohen Qualifikationsniveaus auf die Beschäftigung. Dies untermauert die oft gestellte Forderung, auf die Qualifikationsmöglichkeiten und die Bildungschancen der Menschen besonderen Wert zu legen. Für Bayern könnte dies zum Beispiel bedeuten, mehr junge Menschen, als dies heute der Fall ist, zum Abitur zu führen, ohne dabei das Niveau zu senken. Aufgrund der für kleinere und mittelgroße Betriebe festgestellten positiven Wirkung auf die Beschäftigungsentwicklung, erscheint auch die Pflege und Unterstützung solcher Betriebe, z. B. durch die Förderung des Wissenstransfers in diese Unternehmen, vorteilhaft. Bei der Branchenstruktur profitierte Bayern in der Vergangenheit von einem vielfältigen und exportstarken Branchenmix, der es vom Erfolg eines einzelnen Wirtschaftszweigs unabhängig machte. Ausbaupotenzial bietet in Bayern noch der sehr dynamische Bereich der wirtschaftsnahen Dienstleistungen, für den sich im Beobachtungszeitraum eine sehr positive Wirkung auf das Wachstum der Beschäftigung ergibt

1 Einleitung

Bei wirtschaftlichen Indikatoren wie der Beschäftigungsentwicklung, dem Einkommen oder der Arbeitslosigkeit sind regionale Unterschiede zu beobachten. Viel diskutiert wird vor allem der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland, gleichzeitig existieren aber auch zwischen einzelnen Bundesländern, Regionen oder Kreisen erhebliche Disparitäten. Entgegen der Annahme der traditionellen ökonomischen Theorie scheint es sich dabei nicht um ein temporäres Phänomen zu handeln. Die Erwartung, dass im Laufe der Zeit die wirtschaftlich schwächeren Regionen zu den wirtschaftlich stärkeren aufschließen, hat sich so nicht erfüllt. Selbst unter Zuhilfenahme strukturpolitischer Maßnahmen war es bisher nicht möglich, diese Lücke zu schließen. Im IAB-Projekt „Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten“ (VALA) wird der Frage nach dem „Warum“ der unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklung von Regionen am Beispiel der Beschäftigung nachgegangen. Dazu werden in einer theoriegestützten empirischen Analyse die Determinanten identifiziert, welche das Beschäftigungswachstum in Regionen bestimmen. Die Analyse liefert Ergebnisse für die Ebene der Bundesländer, für die Kreisebene und für unterschiedliche siedlungsstrukturelle Typen.

Im Mittelpunkt dieses Berichts steht die Beschäftigungsentwicklung des Bundeslandes Bayern sowie der bayerischen Kreise und Städte. Ein Ergebnis sei an dieser Stelle vorweggenommen: In dem Beobachtungszeitraum des Projektes, den Jahren 1993 bis 2001, verlief die Beschäftigungsentwicklung in Bayern besser als in jedem anderen (west-)deutschen Bundesland. Dieses Resultat dürfte interessierte Beobachter insofern nicht überraschen, als der Freistaat in den letzten Jahren auch bei anderen Eckdaten der Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt, wie dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts oder der Arbeitslosenquote, sehr gut abschnitt. Dank der im VALA-Projekt angewandten Analysemethoden ist es möglich, den Effekt verschiedener struktureller sowie standortspezifischer Determinanten auf das Beschäftigungswachstum zu identifizieren, zu quantifizieren und getrennt auszuweisen. So können einige Ursachen der vergleichsweise guten Entwicklung Bayerns bestimmt werden, was anhand deskriptiver Analysen nicht möglich ist.

Im Folgenden werden zunächst wichtige wirtschaftliche Entwicklungslinien Bayerns beschrieben (Abschnitt 2). Dies stellt den Hintergrund für die Erläuterung der VALA-Analyseergebnisse dar. In Abschnitt 3 werden kurz die Methode und das Modell dargestellt. Außerdem wird die Auswahl der im Modell verwendeten Variablen begründet und es werden die jeweiligen Ergebnisse für Westdeutschland insgesamt vorgestellt. Anschließend werden die Resultate der Analyse für das Bundesland Bayern präsentiert (Abschnitt 4). Dabei werden zum einen die Ergebnisse zur Beschäftigungsentwicklung in Bayern den Ergebnissen der anderen Bundesländer gegenübergestellt. Zum anderen wird auf räumliche Muster sowie Auffälligkeiten in Teilregionen oder Kreisen Bayerns eingegangen. Ziel dieses Abschnitts ist es, die Heterogenität aufzuzeigen, die sich auf kleinräumiger Ebene hinter dem aggregierten Wert für das Bundesland verbirgt. Die Analyse zweier ausgewählter Kreise schließt das Kapitel ab. Der Bericht endet mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse (Abschnitt 5).

2 Zum Bundesland Bayern

2.1 Allgemeines

Der Freistaat Bayern ist mit einer Fläche von 70.549 Quadratkilometern das größte Bundesland und umfasst rund ein Fünftel des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland. Bayern grenzt im Westen und Norden an Baden-Württemberg, Hessen, Thüringen und Sachsen sowie im Osten und Süden an die Tschechische Republik, Österreich und den Bodensee.

Das Bundesland gliedert sich in die sieben Regierungsbezirke Unterfranken, Mittelfranken, Oberfranken, Oberpfalz, Schwaben, Niederbayern und Oberbayern mit insgesamt 25 kreisfreien Städten, 71 Landkreisen und 2.031 kreisangehörigen Gemeinden. Kein anderes Bundesland weist in der Summe mehr Landkreise und kreisfreie Städte auf.

Bayern zählte im Jahr 2003 knapp 12,4 Mio. Einwohner, etwa 15 % der Bevölkerung der Bundesrepublik. Nach Nordrhein-Westfalen ist Bayern das zweitbevölkerungsreichste Bundesland. Als Flächenland ist Bayern mit 176 Einwohnern je Quadratkilometer (Deutschland: 231) allerdings unterdurchschnittlich dicht besiedelt (Bayerisches Landesamt 2004). Dies drückt sich auch in der hohen Zahl ländlicher Kreise im Bundesland aus (vgl. Tab. 5).

2.2 Schlaglichter auf die Entwicklung und die Lage der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts

Die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns nahm in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg einen sehr erfolgreichen Verlauf. Der Freistaat schneidet im nationalen Vergleich bei wichtigen wirtschaftlichen Kennzahlen sowohl bezogen auf die jüngere Vergangenheit als auch auf die Gegenwart sehr gut ab. Belegen lässt sich dies z. B. mit der im Bundesvergleich niedrigen Arbeitslosenquote oder dem Wirtschaftswachstum, das meist über dem deutschen Durchschnitt liegt (s. Pkt. 2.2.2). Im Folgenden werden einige wichtige Daten und Entwicklungen vorgestellt, die die wirtschaftlichen Konturen Bayerns prägten und dementsprechend in engem Zusammenhang mit der (Erfolgs-)Geschichte stehen. Damit werden Hintergrund und Anknüpfungspunkte für den Hauptteil dieses Berichtes - die Analyse der Beschäftigungsentwicklung in Bayern – gegeben.¹

¹ Der folgende Abschnitt soll weder eine Wirtschaftsgeschichte Bayerns sein, noch eine ausführliche Diskussion ökonomischer, demographischer oder sozialer Entwicklungen und Veränderungen. Detaillierte Ausführungen aus einem ökonomischen Blickwinkel zu der Entwicklung und den Perspektiven der bayerischen Wirtschaft, sowohl im Industrie- als auch im Dienstleistungssektor, finden sich z. B. bei Koll und Pilgrim (1991b) sowie bei Koll, Nam und Kiemer (1997). Insbesondere in der Studie von Koll und Pilgrim wird auch die historische Ausgangslage Bayerns in den Blick genommen. Auch bei Maier (1998) werden im Rahmen einer Landeskunde Entwicklungen in verschiedenen Bereichen und Regionen Bayerns behandelt, die hier keinen Platz finden können.

2.2.1 Entwicklungslinien der bayerischen Wirtschaft

Ausgangspunkt der Beschreibung der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung Bayerns ist hier, wie auch in anderen Darstellungen (vgl. z. B. Mayer 1986: 371; Merz 1999: 15), die Wandlung vom Agrarland zum modernen Industrie- und Dienstleistungsstandort.

Die Landwirtschaft spielte in dem mit ertragreichen Böden ausgestatteten Flächenland Bayern bis zum Ende des 19. Jahrhunderts eine herausragende Rolle. Noch 1950 waren ca. 30 % der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft tätig. Aufgrund des wirtschaftlichen Strukturwandels nahm die Bedeutung der Landwirtschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts allerdings deutlich ab. Im Jahr 2003 entfielen noch 3,4 % oder 200.000 der Erwerbstätigen im Freistaat auf den Wirtschaftsbe- reich „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“. Ebenso verringerte sich kontinuierlich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe und der landwirtschaftlich genutzten Fläche (StMLF 2004: 23ff.). Dennoch war und ist die Landwirtschaft unter Qualitätsgesichtspunkten sowie hinsichtlich der Pflege von Traditionen ein Gegenstand zahlreicher politischer Programme und wichtiger Bestandteil des Selbstverständnisses des Bundeslandes (Kock 1994: 448f.; Merz 1999: 16).

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass die „grüne Biotechnologie“ - der Pflanzen- sektor der Biotechnologie - ein wichtiger Teil der aktuellen Technologieförderung Bayerns ist (s. Pkt. 4.6). Dies legt den Schluss nahe, dass hier die frühere landwirtschaftliche Prägung als Grund- lage für eine zukunftsorientierte Hochtechnologie nachwirkt (Ziegler 2002: 658).

Landschaft und Natur haben auch in anderer Hinsicht nach wie vor einen hohen Stellenwert für Bay- ern. Neben den kulturellen Sehenswürdigkeiten und Einrichtungen sind sie die Basis für die touristi- sche Attraktivität des Bundeslandes. Der Fremdenverkehr ist zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden. Insbesondere der südbayerische Raum mit dem Alpenvorland und den Alpen ist das Ziel vieler Erholungssuchender. Gemessen an der Zahl der Übernachtungen ist Bayern das Tourismusland Nummer eins in Deutschland. Im Jahr 2003 erreichte Bayern mit rund 21,9 Mio. Gästeankünften und 69,3 Mio. Übernachtungen die mit Abstand höchsten Zahlen in Deutschland (Bayerisches Landesamt 2004: 586). Auch bei der Fremdenverkehrsintensität, der Zahl der Übernachtungen pro 1.000 Einwohner, schneidet Bayern gut ab und belegt hinter Schleswig-Holstein und Mecklenburg- Vorpommern den dritten Platz (StMWVT 2002). Gleichwohl zeigen die letzten Jahre, dass man sich auf den günstigen naturräumlichen Voraussetzungen nicht ausruhen kann. Im Konkurrenzkampf um Besucher müssen auch die bayerischen Tourismusregionen ihre Angebote ständig überprüfen und verbessern, um ihre Stellung auf diesem Feld zu behaupten (Sime 2004).

Die Industrie spielte in Bayern lange eine kleinere Rolle als in anderen deutschen Regionen. Das Ruhrgebiet oder Sachsen waren deutlich früher und in einem größeren Ausmaß industrialisiert (Koll/Pilgrim 1991b: 13). Gleichwohl entstanden auch in Bayern im 19. Jahrhundert erste industrielle Zentren, die zum Teil bis heute von Bedeutung sind. Ein sichtbares Zeichen des industriellen Fort- schritts war z. B. die Eröffnung der ersten deutschen Eisenbahnstrecke zwischen Nürnberg und Fürth im Jahr 1835. Im Zuge des Ausbaus des Eisenbahnwesens etablierte sich in Nürnberg auch die Cra- mer-Klett'sche Maschinenfabrik mit der Produktion von Eisenbahnwaggons. Im Jahr 1898 fand die Fusion mit der Maschinenfabrik in Augsburg statt, womit das heute weltweit operierende Unterneh- men MAN geboren war (Tremml 1998: 78ff.).

In Oberfranken und Schwaben waren es vor allem die Textilfabriken, die im 19. Jahrhundert vielen Menschen Arbeit brachten. Spinnereien und Webereien produzierten beispielsweise im Hofer Raum, in Kulmbach, in Forchheim und in Augsburg, da an diesen Orten günstige Standortbedingungen wie Flüsse zur Erzeugung von Wasserkraft, Handelswege und Handelsorte oder Arbeitskräfte vorhanden waren (Maier 1998: 130, 132f.).

In Unterfranken entstand Ende des 19. Jahrhunderts in Schweinfurt das Zentrum der deutschen Wälzlagerindustrie, eine Schlüsselindustrie für die gesamte deutsche Wirtschaft zur Durchsetzung des technischen Fortschritts bezogen auf Produkte und Produktionsabläufe mit Übertragung mechanischer Kräfte.

Ein weiterer Ort der Industrialisierung Bayerns war die Oberpfalz. Dank der vorhandenen Rohstoffe wie Kaolin und Quarz sowie der mit dem Ausbau des Eisenbahnwesens gegebenen Möglichkeit Steinkohle anzuliefern, wurden dort feinste Keramik und Porzellan produziert. Insbesondere der Ort Selb steht für den Siegeszug des „weißen Goldes“ (Maier 1998: 130f.).

Diese Beispiele zeigen, dass auch im Agrarland Bayern früh verschiedene industrielle Zentren vorhanden waren. Gleichzeitig gilt: je eher mit der Industrialisierung begonnen wurde, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit des näher kommenden Endes des industriellen Lebenszyklus einer Branche. Im Sinne der Produktzyklustheorie kann davon ausgegangen werden, dass viele dieser Industriezweige mittlerweile die „Reifephase“ erreicht oder sogar durchschritten haben, in der das Ausland hinsichtlich Produkten und Verfahren konkurrenzfähig ist, wodurch der Wettbewerbs- und Kostendruck auf die einheimischen Betriebe steigt. Dies kann erhebliche Beschäftigungsverluste aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen und Produktionsverlagerungen zur Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Branche bzw. der Unternehmen zur Folge haben (vgl. z. B. Blien u. a. 2003: 84ff.; Schettkat 1997). Ein Beispiel für die Probleme eines solchen „alten“, am Ende des Produktzyklus stehenden Industriezweigs und der Folgen für die Region ist die oben angeführte Wälzlagerherstellung in Schweinfurt. Dort führte die Industriestruktur aufgrund der genannten Entwicklungen zu einer massiven Krise am Arbeitsmarkt (Blien 1993; Krippendorf 1998). Darüber hinaus mussten in der jüngeren Vergangenheit große Teile der bayerischen Textilindustrie sowie der Glas-, Keramik- und Porzellanindustrie diese schmerzhaft Erfahrung machen. Ebenso die Rundfunk- und Fernsehgeräteproduktion sowie die Spielwarenindustrie. Hier zeigt sich die negative Seite der Pfadabhängigkeit von Regionen, da bereits im 19. Jahrhundert begründete industrielle Traditionen an manchen Orten bis heute wirken. Bei der Analyse der Beschäftigungsentwicklung und ihrer Determinanten wird dies an mehreren Stellen deutlich.

Bayern insgesamt durchlief in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aber eine positive wirtschaftliche Entwicklung, für die sich verschiedene Gründe angeben lassen.

In den Nachkriegsjahren lenkten die Besatzungsmächte Flüchtlinge aus dem wirtschaftlich hoch entwickelten Sudetenland und Schlesien nach Bayern. Der Freistaat profitierte von dem Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte („brain gain“) und es entstand eine Vielzahl kleiner und mittlerer Betriebe, auch wenn von Beginn bis Mitte der 1950er Jahre zunächst Menschen aus Bayern nach Nordrhein-Westfalen abwanderten, weil sich dort bessere Arbeitsmöglichkeiten ergaben (Koll/Pilgrim 1991b: 18f.; Maier 1998: 28f.). Auf Dauer blieb Bayern allerdings ein Anziehungspunkt für Arbeitskräfte aus anderen (Bundes-)Ländern mit einer insgesamt hohen Erwerbsbeteiligung der Bevölke-

rung, da sich ein breites Spektrum an Beschäftigungsmöglichkeiten auftat (Koll 1991a: 10f.; s. auch Pkt. 2.2.2.).

In den Jahren nach Kriegsende siedelten zudem Unternehmen aus der Sowjetischen Besatzungszone nach Bayern über. Beispielsweise verlegten Siemens und die Allianz ihre Unternehmenszentralen von Berlin nach München und Audi verließ Zwickau in Richtung Oberbayern nach Ingolstadt. Von diesen „historischen Zufällen“ profitierte die bayerische Wirtschaft. Unter Nutzung der in großer Zahl zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte und nutzbaren Flächen sowie dank des allgemeinen Aufschwungs vollzog sich rasch der wirtschaftliche Strukturwandel vom primären zum sekundären Sektor. Im Rahmen einer nachholenden Industrialisierung entstand eine moderne, diversifizierte Industriestruktur, aus der eine geringe Abhängigkeit von einem Produkt oder einer Ressource resultierte. Die Montanindustrie spielte bspw. im Gegensatz zu anderen Bundesländern nur eine kleine Rolle, da kaum Rohstoffvorkommen vorhanden waren. Stattdessen trugen die expansiven Branchen Metall und Elektro, Chemie, Nahrungs- und Genussmittel, Fahrzeugbau oder auch Luft- und Raumfahrt zum starken Aufschwung der bayerischen Wirtschaft bei. In den 1980er Jahren waren insbesondere die Branchen der Investitionsgüterindustrie eine treibende Kraft des im Bundesvergleich – gemessen am Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) - überdurchschnittlichen Wachstums im verarbeitenden Gewerbe Bayerns (Koll/Pilgrim 1991b; Maier 1998: 140). Heute stehen Teilbereiche dieser Branchen aber auch in Bayern verstärkt unter (internationalem) Konkurrenzdruck und leiden unter der seit einigen Jahren anhaltenden schwachen wirtschaftlichen Entwicklung.²

Daneben expandierte in Bayern, entsprechend dem wirtschaftlichen Strukturwandel, wie in allen Bundesländern und entwickelten Industrienationen, der tertiäre Sektor. Der Beitrag des Dienstleistungssektors zur Wirtschaftsleistung und die Zahl der Beschäftigten wuchsen, insbesondere in den Ballungsräumen. 2003 gehörten 40,4 % der Erwerbstätigen in Bayern zum Wirtschaftsbereich „Sonstige Dienstleistungen“ (Bayerisches Landesamt 2004). Aufgrund der vergleichsweise späten Industrialisierung erfolgte das Wachstum der Dienstleistungen im Freistaat in einer Gleichzeitigkeit mit der Zunahme des industriellen Sektors, die in anderen Ländern so nicht festzustellen ist. Darüber, dass der Dienstleistungssektor auch in Bayern in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen wird, herrscht Übereinstimmung. Man sollte allerdings nicht vergessen, dass die Expansion des Dienstleistungssektors generell und insbesondere in Bayern auf einer quantitativ und qualitativ starken industriellen Basis fußt, ohne die der Aufschwung des Dienstleistungsbereiches so wohl nicht stattgefunden hätte (vgl. zur Entwicklung und Situation des Dienstleistungssektors in Bayern z. B. Koll/Nam/Kiemer 1997; Langmantel 2004; StMWVT 2000).

Bereits seit den 1950er Jahren bemüht sich die bayerische Regierung zudem, den wirtschaftlichen Wandel zu fördern und zu begleiten. Die Gestaltung und Verbesserung von wichtigen Standortfaktoren, wie der Verkehrsinfrastruktur, der Energieversorgung, der Forschungsinfrastruktur sowie die Entwicklung verschiedener Industriesparten wurde durch staatliche Programme, auch unter Nutzung von Förderprogrammen des Bundes und der Europäischen Union (EU), forciert. Ende des 20. Jahrhunderts nahm Bayern – wiederum unterstützt durch Förderprogramme – verstärkt Kurs auf die Etablierung innovativer Technologien (Berger 2002: 8ff.; s. auch Pkt. 4.6).

² Einen Überblick über die Entwicklung der bayerischen Industrie und der einzelnen Branchen in der jüngsten Vergangenheit sowie eine Ausblick geben z. B. der „Industriebericht Bayern 2003“ (StMWVT o. J.) und „Bayern 2020 – Industriereport“ (StMWIVT 2003: 28f.).

Insbesondere aus einem regionalen Blickwinkel ist darauf hinzuweisen, dass die verschiedenen skizzierten Entwicklungen auch dazu führten, dass sich die Wachstumszentren Bayerns in der Nachkriegszeit eher in den südlichen Teil des Freistaats verlagerten. Das populärste Beispiel dafür ist die Region München. Sie erfuhr einen starken wirtschaftlichen Schub und ist heute in verschiedenen modernen Industrie- und Dienstleistungsbranchen ein (inter-)national bedeutender Standort. Hierunter fallen die Kredit- und Versicherungsbranche, der Medienbereich, der Fahrzeugbau und High-Tech-Branchen wie die Luft- und Raumfahrt sowie die Biotechnologie oder die Mikroelektronik. An der Mikroelektronik lässt sich auch exemplarisch zeigen, wie eine Entwicklungsdynamik in Gang gesetzt wurde, die offenbar in einen sich selbst verstärkenden Prozess mit positiven wirtschaftlichen Folgen und Agglomerationsvorteilen für die Region mündete. Erklären lässt sich dies durch Ansätze der Polarisierungstheorie und der „Neuen Ökonomische Geographie“ (vgl. Krugman 1991; für einen Überblick z. B. Maier/Tödtling 2002, Kap. 5 u. 6). Als ein Auslöser kann die Verlagerung von Siemens nach München nach dem Zweiten Weltkrieg gesehen werden, der im Lauf der Zeit Ansiedlungen weiterer großer Technologie-Unternehmen folgten, z. B. der Firma Bölkow im Jahre 1958 (heute Teil der European Aeronautic and Defense Space Company) und der damaligen Firma Nixdorf im Jahre 1985. Diese Konzentration von großen High-Tech-Unternehmen förderte wiederum die Ansiedlung und die Gründung weiterer (kleinerer) Unternehmen. Durch diesen Prozess ergaben sich Arbeits- und Karriereperspektiven, die zu einem Zuzug hoch qualifizierter Arbeitskräfte führten. Daraus entstand wiederum ein Anreiz für Firmen sich in der Region anzusiedeln. Fachmessen, zahlreiche Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen, eine ausgebaute Verkehrsinfrastruktur, der neue Münchner Flughafen sowie die hohe Lebensqualität hinsichtlich Kultur, Freizeit und Natur sind weitere Pluspunkte des Raums München (vgl. zu verschiedenen Facetten der Entwicklung der Region München z. B. Biehler u. a. 2003; Maier 1998: 158f.; Sternberg/Tamasy 1999). Es entstand das Bild einer wirtschaftsfreundlichen Region, das sich ebenfalls positiv für den Standort auswirken kann. Agglomerationsnachteile wie hohe Lebenshaltungskosten (knapper Wohnraum, hohe Mieten) und hohe Löhne scheinen das attraktive Bild der Region bisher kaum zu trüben. Die Krise einiger „moderner“ (High-Tech-)Branchen geht allerdings auch an München nicht spurlos vorüber. Erinnert sei hier nur an die Probleme der Kirch-Gruppe oder die geplante Schließung des Infineonwerks München.

Nachdem der Zustrom qualifizierter Arbeitskräfte und die Ansiedlung von Unternehmen aus Wachstumsindustrien als positive Folgen der Nachkriegszeit für die bayerische Wirtschaft geschildert wurden, sollen auch deren negative Erscheinungen, die Teilung Deutschlands und die Abschottung der osteuropäischen Staaten, nicht unerwähnt bleiben. Denn während einerseits die Nord-Süd-Achse der Wirtschaftsbeziehungen zum Vorteil Bayerns immer wichtiger wurde, wurden andererseits traditionelle Wirtschafts- und Handelsbeziehungen von West nach Ost unterbrochen. Darunter litten in besonderem Maße Teile Nord- und Ostbayerns (Koll/Pilgrim 1991a: 10; Maier 1998: 20). In den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung erlebte das ehemalige Zonenrandgebiet im bayerischen Norden zwar einen „Wirtschaftsboom“, der jedoch nicht lange anhielt. Dies zeichnete sich bereits Mitte der 90er Jahre ab (Koll/Kiemer 1994: 17ff.; Koll/Deutsch 1995: 26ff.) und bestätigt sich bezüglich der Beschäftigungsentwicklung auch in den Ergebnissen des VALA-Projektes. Aufgrund des Fördergefälles und der niedrigeren Produktionskosten in den Neuen Bundesländern (vgl. Barjak 2001: 79f.) und erst recht in der Tschechischen Republik verschärfte sich die Strukturkrise im nordostbayerischen Raum. Die Perspektiven der Region sind angesichts der Osterweiterung der EU nicht eindeutig abzuschätzen. So kamen Alecke u. a. (2001) in einer Studie zu den Auswirkungen der EU-

Osterweiterung auf die bayerischen Regionen zu dem Ergebnis, dass sich einerseits mittel- und langfristige gute Perspektiven für Bayern ergeben dürften, aber andererseits gerade die ostbayerische Regionen zumindest kurzfristig unter starkem Anpassungsdruck geraten können.

2.2.2 Ausgewählte Daten zur Wirtschaft und zum Arbeitsmarkt

Das BIP 2003 in Bayern betrug 371,26 Mrd. Euro und war nominal das zweithöchste in Deutschland nach Nordrhein-Westfalen. Seit der Wiedervereinigung waren die jährlichen Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts Bayerns, bis auf eine Ausnahme im Jahr 1995, immer günstiger als der westdeutsche Durchschnitt. Die dominierende Rolle spielt dabei die Landeshauptstadt München. Im Jahr 2002 wurden dort knapp 18 % des bayerischen BIP erwirtschaftet. Der Vergleichswert für die zweitgrößte bayerische Stadt Nürnberg liegt bei ca. 5,5 % (vgl. Bayerisches Landesamt 2004).

Das Innovationspotenzial der Wirtschaft, das insbesondere die internationale Konkurrenzfähigkeit beeinflusst, ist in Bayern durchaus viel versprechend, gemessen an Indikatoren wie Patentanmeldungen, Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) sowie Personal in FuE. So liegt Bayern bei der Zahl der Patentanmeldungen im nationalen Vergleich an der Spitze und bei der Zahl der Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner an zweiter Stelle hinter Baden-Württemberg (DPMA 2005: 12). Auch bei den vom Land und insgesamt im Bundesland für FuE getätigten Ausgaben rangiert Bayern mit 1.196 Mio. bzw. 11.017 Mio. Euro in Deutschland in der Spitzengruppe, genauso wie bei dem in FuE beschäftigten Personal (BMBF 2005: 124ff., 194).

Bemerkenswert ist die vergleichsweise hohe Exportquote des Freistaats, die ebenfalls als ein Hinweis auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit und hohe Innovationskraft der Wirtschaft interpretiert werden kann. Mit einer Exportquote der Industrie von 44,3 % - gemessen als Anteil des Auslandsam Gesamtumsatz - lag Bayern hier im Jahr 2003 deutlich über dem Durchschnitt des Bundesgebiets von 38,1 % (StMWIVT 2004: 9f.).³

Der wirtschaftliche Strukturwandel Bayerns mit dem starken Bedeutungsgewinn des „Produzierenden Gewerbes“ und der Dienstleistungen gegenüber der Landwirtschaft wurde bereits angesprochen. Gleichwohl ist auffällig, dass in Bayern der Anteil der Erwerbstätigen im „Produzierenden Gewerbe“ heute noch überdurchschnittlich ist. Von den 5.864 Mio. Erwerbstätigen waren 2003 mehr als 34 % in diesem Wirtschaftsbereich tätig - im Bundesgebiet insgesamt waren es ca. 31 %. „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ kommen auf einen Anteil von knapp 22 %. Der Wirtschaftsbereich „Sonstige Dienstleistungen“ stellt mit 40,4 % den größten Anteil, die „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ mit 3,4 % den kleinsten. Insgesamt entspricht die Verteilung damit den oben geschilderten Entwicklungen im Rahmen des Strukturwandels. Die relativ starke Stellung des Produzierenden Gewerbes geht allerdings mit einem immer noch unterdurchschnittlichen Anteil der Erwerbstätigen in den „Sonstigen Dienstleistungen“ einher (Bundesgebiet: 43 %) (Bayerisches Landesamt 2004).

Die Stärke der bayerischen Wirtschaft äußert sich auch positiv am Arbeitsmarkt. Seit den 1990er Jahren wechselte sich Bayern mit Baden-Württemberg als Bundesland mit der niedrigsten Arbeitslosenquote ab. Danach konnte Bayern das niedrige Niveau des Nachbarbundeslandes im Süden der Republik nicht mehr halten. Seit 2001 nahm die Zahl der Arbeitslosen sogar überdurchschnittlich zu.

³ Für eine differenzierte Betrachtung und die Entwicklung bis zum Ende der 80er Jahre vgl. Koll/Pilgrim (1991b: 92ff.).

Im Jahresdurchschnitt 2004 waren in Bayern 449.700 Männer und Frauen arbeitslos gemeldet.⁴ Das waren 6,9 % aller zivilen Erwerbspersonen, womit Bayern die zweitgünstigste Arbeitslosenquote in Deutschland aufweist. Dahinter verbirgt sich eine Spannweite in den 27 bayerischen Agenturbezirken, die von 4,2 % in Freising bis 11,1 % in Hof reicht, und das bestehende Süd-Nord-Gefälle zum Ausdruck bringt.

Die steigende Arbeitslosigkeit in Bayern ist allerdings weniger durch einen Rückgang auf der Beschäftigungsseite zu erklären, als durch ein steigendes Arbeitskräfteangebot. Bayern ist in Deutschland ein „Magnet“ für Beschäftigungssuchende. Ein Indikator dafür ist, dass der Freistaat in der jüngeren Vergangenheit den stärksten Bevölkerungsanstieg aller Bundesländer verzeichnete. Im Zeitraum von 1950 bis 2003 stieg die Bevölkerungszahl um ca. 3,25 Mio. an. Zurückzuführen ist dies vor allem auf die Zuwanderung aus den anderen Bundesländern und dem Ausland (Maier 1998: 28f.; Roncador 2004: 374ff.). Allein in den Jahren 1998 bis 2001 kamen aufgrund der Binnenwanderung 200.000 mehr Menschen nach Bayern als wegzogen. 2001 hatte Bayern gegenüber jedem anderen Bundesland einen positiven Wanderungssaldo. Insgesamt betrug dieser Saldo knapp 62.000 Personen. Herkunftsregionen waren vorrangig die ostdeutschen Bundesländer. Der Wanderungsüberschuss aus dem Ausland betrug gut 39.000. Die starke Binnenwanderung ist in der Regel arbeitsplatzmotiviert und bringt junge, gut ausgebildete Menschen nach Bayern. Zielregionen der Zuwanderer sind hauptsächlich im südlichen Bayern (Oberbayern) zu finden. In diesen Regionen führt die hohe Zuwanderung auch zu einem Anstieg der örtlichen Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen und somit wiederum zu mehr Beschäftigungswachstum. In den nordbayerischen Regionen kommen dagegen vor allem Einpendler aus Thüringen und Sachsen nach Bayern, um einer Beschäftigung nachzugehen. Im Bezirk der Agentur für Arbeit Coburg ist fast jeder siebte Arbeitsplatz mit einem Pendler aus den neuen Ländern besetzt. Das ist - nach Berlin - der höchste Wert in Deutschland.⁵ Insgesamt entsprechen diese Bewegungen auch den Annahmen der ökonomischen Migrationstheorie, wonach Arbeitskräfte aus Regionen mit vergleichsweise ungünstiger Arbeitsmarktlage und niedrigem Lohnniveau in Gebiete mit günstigen Arbeitsmarktbedingungen und höherem Lohnniveau wandern (Schlömer/Bucher 2001: 34).

3 Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten: Methode, Modell und Resultate für Westdeutschland

Als Datenbasis der Analyse der Beschäftigungsentwicklung und ihrer Determinanten in Westdeutschland (ohne Berlin) dienen die Daten der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) für den Zeitraum 1993 bis 2001. Es handelt sich dabei um Stichtagsdaten über sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, die am 30.6. eines Jahres ermittelt werden. Der Anfangszeitpunkt 1993 wurde gewählt, um die temporären Einflüsse der ersten Jahre nach der Wiedervereinigung gering zu halten. Die Daten enden im Jahr 2001, weil 2002 die Wirtschaftszweigsystematik geändert wurde. Da mit der Analyse vor allem langfristige, strukturelle Gegebenheiten betrachtet werden, dürften sich die Ergebnisse aber auch mit aktuelleren Daten nicht grundlegend ändern. Um Verzerrungen durch die

⁴ Die Angaben zu Arbeitslosenzahlen und Wanderungsbewegungen stammen, soweit nicht anders angegeben, aus verschiedenen Datenquellen der Bundesagentur für Arbeit.

⁵ Allerdings entstehen hier Verdrängungseffekte, die zur Freisetzung von Arbeitskräften führen, die zum Teil nur schwer wieder integriert werden können.

Zunahme von Teilzeitarbeitsverhältnissen zu vermeiden, wurden für die Analyse die Beschäftigtenzahlen auf der Basis der Arbeitsstunden zu Vollzeitäquivalenten zusammengefasst.⁶

Die Ergebnisse des vorliegenden Berichtes wurden durch Anwendung einer Methode erzielt, die eine Weiterentwicklung der Shift-Share-Analyse darstellt (Blien u. a. 2003: 161ff.).⁷ Dabei wird die Beschäftigungsentwicklung auf die Wirkung bestimmter unabhängiger, erklärender Variablen zurückgeführt. Da man nicht erwarten kann, dass das beobachtete Wachstum vollständig durch die einbezogenen Einflussgrößen erklärt werden kann, tritt auch ein so genannter „Störterm“ auf, der sämtliche zufälligen Effekte enthält. Etwas vereinfacht dargestellt, hat die Regressionsgleichung das folgende Aussehen:

Regionales Beschäftigungswachstum (abhängige Variable) = Brancheneffekt + Betriebsgrößeneffekt + Qualifikationseffekt + Lohn effekt + Standorteffekt + Periodeneffekt + Störterm.

Die Schätzung der Regressionsgleichung gibt Auskunft über die Stärke und die Richtung der Wirkung, welche die ausgewählten Variablen auf die Beschäftigungsentwicklung haben. Die Ergebnisse für die einzelnen Variablen zeigen an, wie das Beschäftigungswachstum reagiert, wenn sich der Wert einer dieser Variablen ändert und die restlichen konstant gehalten werden. Dies wird als „ceteris paribus Annahme“ bezeichnet. So ist es möglich, die Wirkung einer Variablen (z. B. des Anteils der Hochschulabsolventen an den Beschäftigten) „rein“ zu betrachten, da die Wirkung aller anderen Variablen „herausgerechnet“ wird. Das Modell wird auf der Grundlage aller westdeutschen Kreise berechnet. Daher beziehen sich die Ergebnisse hinsichtlich Stärke und Richtung des Zusammenhangs (Koeffizienten) zwischen dem Beschäftigungswachstum und den Determinanten auf ganz Westdeutschland. Durch die Verknüpfung der Koeffizienten mit den jeweiligen regionalen Ausprägungen der Variablen bzw. deren Anteilswerten, erhält man Effekte der Determinanten auf die Beschäftigung in einer Region.⁸

Im Folgenden wird kurz erläutert, warum die ausgewählten Größen Einfluss auf die Beschäftigungsentwicklung ausüben und daher Aufnahme in die Schätzgleichung fanden. Außerdem werden die Ergebnisse für Westdeutschland präsentiert, da diese als Grundlage für die Erklärung und die Darstellung der regionalen Ebene (Bundesländer und Kreise) dienen.

⁶ Da keine genauen Angaben über Arbeitszeiten vorliegen, sondern nur eine Einteilung der Beschäftigten in drei Gruppen (18 Stunden pro Woche, 18 Stunden pro Woche bis Vollzeit, Vollzeit), wurden jeweils Mittelwerte von 16, 24 und 39 Stunden pro Woche in der Analyse verwendet und anschließend in Vollzeitäquivalenten zusammengefasst.

⁷ Vielen Dank an Dr. Johannes Ludsteck und Norbert Schanne (beide IAB), die die Regressionsanalysen durchgeführt haben, sowie die anderen Kolleginnen und Kollegen aus dem IAB-Regionalbüro, insb. Elke Amend.

⁸ Das Modell wurde für Ost- und Westdeutschland getrennt geschätzt, da die zwischen beiden Landesteilen bestehenden strukturellen Unterschiede bei einer gemeinsamen Schätzung zu verzerrten Ergebnissen geführt hätten.

3.1 Branchenstruktur - Positive Wirkung der Dienstleistungen

Die Branchenstruktur ist eine wichtige Determinante der Beschäftigungsentwicklung einer Region. Appelbaum und Schettkat (1999) zeigen, dass von Branchen bzw. Industrien, die am Anfang ihres Produktlebenszyklus stehen, ein Beschäftigungswachstum ausgeht, während in Branchen, die an dessen Ende gelangen, die Beschäftigung zurückgeht. Der Grund dafür ist die unterschiedliche Elastizität der Nachfrage bei Preisänderungen. Werden Produktivitätssteigerungen in Form niedrigerer Preise an die Kunden weitergegeben, so reagieren Märkte, in denen die Branche noch am Anfang ihres Lebenszyklus steht und die Nachfrage noch nicht gesättigt ist, mit höherer Nachfrage, die wiederum zusätzliche Beschäftigung schafft. Umgekehrt aktivieren Produktivitätssteigerungen und anschließende Preissenkungen in gesättigten Märkten keine zusätzliche Nachfrage. Stattdessen wird aufgrund der höheren Produktivität lediglich Beschäftigung freigesetzt. Da sich bestimmte Branchen wiederum häufig in einer Region konzentrieren, ist die Beschäftigungsentwicklung in den Regionen stark von der allgemeinen Entwicklung der dort angesiedelten Branchen abhängig.

Generell verlief die Entwicklung der einzelnen Branchen in Deutschland sehr unterschiedlich. Wobei im Zuge des Strukturwandels der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor immer weiter zunahm, während der Anteil der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe und in der Landwirtschaft abnahm. Auch in den Analysen des VALA-Projektes errechnet sich für den Beobachtungszeitraum vor allem für Branchen aus dem Dienstleistungsbereich eine positive Wirkung auf die Beschäftigungsentwicklung. Tabelle 1 zeigt die Effekte der 28 Branchen für Westdeutschland im Einzelnen.⁹ Die stärkste positive Wirkung (Koeffizient) ergibt sich für die „Vorwiegend wirtschaftsbezogenen Dienstleistungen“. Eine Branche, die sehr heterogene Wirtschaftsgruppen beinhaltet, wie Unternehmensberatung oder Rechtsanwälte und Notare, aber auch die Gebäudereinigung. Weitere Beispiele für Branchen mit einem vergleichsweise starken positiven Effekt sind das „Gesundheits- und Sozialwesen“ und die „Freizeitbezogenen Dienstleistungen“.

Für Branchen des Produzierenden Gewerbes errechnet sich dagegen in der Regel eine negative Wirkung. Am stärksten fällt diese für den „Bergbau“ aus, aber auch die Branchen „Leder und Textil“ oder das „Baugewerbe“ haben einen deutlich negativen Effekt. Die einzige Branche des Produzierenden Gewerbes mit einem positiven Effekt auf die Beschäftigungsentwicklung ist der „Fahrzeugbau“.

Im Folgenden wird für Bundesländer und Kreise jeweils ein summarischer Brancheneffekt ausgewiesen.¹⁰ Der Brancheneffekt einer Region gibt an, wie dort das Beschäftigungswachstum vom durchschnittlichen westdeutschen Beschäftigungswachstum abweicht, weil sich der Branchenmix vom durchschnittlichen westdeutschen Branchenmix unterscheidet. Ein positiver (negativer) Brancheneffekt ergibt sich, wenn in einer Region solche Branchen überdurchschnittlich stark vertreten sind, die einen positiven (negativen) Effekt auf das Beschäftigungswachstum ausüben.

⁹ Da der Beobachtungszeitraum der Analyse 1993 beginnt, wurden die Branchen aus den Wirtschaftszweigen gemäß der Klassifizierung WZ 73 gebildet.

¹⁰ Auch für die Variablen Betriebsgröße, Qualifikation und in ähnlicher Weise für den Lohn wird jeweils ein summarischer Effekt berechnet.

Tabelle 1:
Branchenstruktur - Anteile der Beschäftigten nach Branchen in Westdeutschland und ihre Beschäftigungswirkung

Branche	Koeffizient	Anteil in %	Signifikanz
Land- und Forstwirtschaft	0,65	0,74	
Energiewirtschaft	-1,47	1,16	***
Bergbau	-8,20	0,58	***
Chemische Industrie	-2,61	2,63	***
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	-0,45	1,87	
Gewinnung von Steinen und Erden	-4,07	0,91	***
Herstellung von Feinkeramik und Glas	-1,61	0,56	*
Metallerzeugung und -verarbeitung	-1,61	3,44	***
Maschinenbau	-0,66	4,38	***
Fahrzeugbau	1,07	5,22	***
Herst. Büromaschinen, EDV, E-Technik, Optik	-0,51	7,21	***
Herst. von Musikinstr., Schmuck, Spielwaren	-4,27	0,18	**
Holzgewerbe	-2,55	1,85	***
Papier und Druck	-1,65	1,74	***
Leder und Textil	-6,92	1,47	***
Ernährungsindustrie und Tabak	-2,21	3,01	***
Baugewerbe	-3,44	7,41	***
Handel	-0,58	13,98	***
Verkehr und Nachrichten	0,71	5,16	***
Kredit und Versicherungen	1,49	4,25	***
Gastgewerbe	0,80	2,38	**
Gesundheits- und Sozialwesen	2,68	8,60	***
Vorwiegend wirtschaftsbezogene Dienstleistungen	6,31	8,02	***
Erziehung und Unterricht	-0,43	2,96	*
Freizeitbezogene Dienstleistungen (z. B. Kunst, Medien)	1,50	1,36	***
Haushaltsbezogene Dienstleistungen	-1,33	0,82	
Gesellschaftsbezogene Dienstleistungen (z. B. Org. o. Erwerbscharakter)	0,20	2,21	
Gebietskörperschaften u. Sozialversicherung	-0,41	5,95	***

Signifikanzniveau: * 95 %, ** 99 %, *** 99,9%.

Beispiel:

Die Branche „Bergbau“ übt den stärksten negativen Einfluss auf das Beschäftigungswachstum aus. Ist der Anteil der Branche „Bergbau“ in einer Region im Vergleich mit Westdeutschland überdurchschnittlich hoch, dann kann ein unterdurchschnittliches Beschäftigungswachstum erwartet werden. Ist hingegen in einer Region der Anteil der Branche „Bergbau“ unterdurchschnittlich, dann kann tendenziell ein überdurchschnittliches Beschäftigungswachstum erwartet werden. Welches Vorzeichen der Brancheneffekt in einer Region schließlich annimmt und wie stark er ausfällt, hängt jedoch vom Zusammenspiel sämtlicher in einer Region vertretenen Branchen ab.

3.2 Betriebsgröße - Größere Betriebe mit negativer Wirkung

Die optimale Betriebsgröße ist zunächst abhängig von der Art der im Betrieb produzierten Güter und der daraus resultierenden Produktionstechnik. Dennoch ist allgemein ein Trend von zentralen hin zu dezentraleren Produktionsstrukturen mit kleineren spezialisierten Einheiten zu beobachten, der durch die Einführung neuer Produktionstechniken, niedrigere Transportkosten sowie die Entwicklung von just-in-time Systemen gefördert wird. Außerdem lagern im Zuge des Outsourcings viele Unternehmen ihre Dienstleistungsbereiche aus, wodurch sich ebenfalls eine dezentralere Unternehmensstruktur entwickelt (vgl. auch zu möglichen Problemen z. B. Hirsch-Kreinsen 1995).

Daran anknüpfend könnte erwartet werden, dass der Einfluss der Betriebsgröße in bestimmtem Grade durch den Brancheneffekt abgebildet wird und nicht als zusätzliche Variable in die Schätzung aufgenommen werden darf. Die Analyse zeigt jedoch, dass auch die Größe eines Betriebes allein einen Einfluss auf das Beschäftigungswachstum ausübt. Die hier untersuchten Betriebsgrößeneffekte könnten somit als bereinigte Betriebsgrößeneffekte interpretiert werden.

Die Betriebe wurden für die Schätzung in drei Größenklassen eingeteilt: kleinere Betriebe (1-19 Beschäftigte), mittlere Betriebe (20-99 Beschäftigte) und größere Betriebe (mindestens 100 Beschäftigte). Die Größenklassen wurden so gewählt, weil es in Ostdeutschland nur sehr wenige Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten gibt und die Ergebnisse für Ostdeutschland und Westdeutschland vergleichbar sein sollen.

Die Regressionsanalyse zeigt für Westdeutschland einen positiven Effekt kleinerer und mittlerer Betriebe auf die Beschäftigungsentwicklung, sowie einen negativen Effekt größerer Betriebe. Der positive Effekt der kleineren Betriebe ist allerdings nicht statistisch signifikant.

Tabelle 2:

Betriebsgröße - Anteile der Beschäftigten nach Betriebsgrößeklassen in Westdeutschland und ihre Beschäftigungswirkung

Betriebsgrößeklasse	Koeffizient	Anteil (in %)	Signifikanz
Kleinere Betriebe	0,53	26,0	
Mittlere Betriebe	3,40	24,4	***
Größere Betriebe	-2,00	49,6	***

Signifikanzniveau: * 95 %, ** 99 %, *** 99,9%.

Der Betriebsgrößeneffekt für eine Region gibt an, wie das Beschäftigungswachstum vom durchschnittlichen westdeutschen Beschäftigungswachstum abweicht, wenn in dem betreffenden Bundesland oder Kreis die Betriebsgrößenstruktur von der durchschnittlichen westdeutschen Betriebsgrößenstruktur abweicht.

Beispiel:

Der Betriebsgrößeneffekt für das Bundesland Schleswig-Holstein nimmt den Wert 0,37 an. Das bedeutet, dass das Beschäftigungswachstum *ceteris paribus* um 0,37 Prozentpunkte über dem westdeutschen Durchschnitt liegt. Der Wert ergibt sich aus der Abweichung der Betriebsgrößenstruktur in Schleswig-Holstein - also dem Anteil der Beschäftigten in kleineren, mittleren und größeren Betrieben - vom westdeutschen Durchschnitt, die mit dem jeweiligen Einfluss, den die kleineren, mittleren und größeren Betriebe im westdeutschen Durchschnitt auf das Beschäftigungswachstum ausüben, aufgerechnet werden. Da die Beschäftigtenanteile in kleineren und mittleren Betrieben in Schleswig-Holstein über dem Durchschnitt liegen und der Anteil der Beschäftigten in größeren Betrieben unterdurchschnittlich ist, ergibt sich ein positiver Wert.

3.3 *Qualifikationsstruktur - Hochqualifizierte günstig für Beschäftigungswachstum*

Wie in vielen Ländern ist auch in Deutschland eine Verschiebung der Arbeitsnachfrage hin zu hoch qualifizierten Arbeitskräften zu beobachten. Ein Erklärungsansatz hierfür ist der so genannte „Skill Biased Technological Change“, demzufolge der technische Fortschritt zu immer komplexeren Produktionstechnologien und –verfahren führt, weswegen die Nachfrage nach (hoch) qualifizierten Arbeitskräften steigt (Acemoglu 2002). Auch die Zunahme des internationalen Handels wird als Begründung für den Trend zu hoch qualifizierten Arbeitskräften in entwickelten Ländern angeführt. Der Ausgangspunkt dieser Überlegung ist, dass durch die Intensivierung des Handels eine Spezialisierung der Produktion gefördert wird, bei der die industrialisierten Länder vor allem Produkte herstellen, die hoch qualifizierte Arbeit erfordern, während andere Länder eher Produkte mit niedrig qualifizierten Arbeitskräften herstellen.

Vor diesem Hintergrund kann die Ausstattung mit Humankapital als wichtiger Faktor für die regionale Entwicklung gesehen werden (Badinger/Tondl 2005). Deshalb wurden die Anteile der Niedrigqualifizierten (ohne abgeschlossene Berufsausbildung), der Qualifizierten (abgeschlossene Berufsausbildung, Fachschulabschluss, Meister/Techniker) und der Hochqualifizierten (Fachhochschul- oder Hochschulabschluss) in die Regressionsgleichungen aufgenommen. Als Ergebnis der Berechnungen ergibt sich eine starke positive Wirkung für die Ausprägung „hoch qualifiziert“, eine ebenfalls positive, aber statistisch insignifikante Wirkung für „niedrig qualifiziert“ und eine negative Wirkung für die Ausprägung „qualifiziert“.

Tabelle 3:

Qualifikationsstruktur - Anteile der Beschäftigten nach Qualifikationsstufe in Westdeutschland und ihre Beschäftigungswirkung

Qualifikationsstufe	Koeffizient	Anteil (%)	Signifikanz
Niedrig qualifiziert	0,60	24,8	
Qualifiziert	-0,95	67,6	***
Hoch qualifiziert	6,92	7,6	***

Signifikanzniveau: * 95 %, ** 99 %, *** 99,9%.

Sowohl das Ergebnis für die niedrig qualifizierten Beschäftigten als auch das für die qualifizierten Beschäftigten widerspricht den Erwartungen. Relativiert wird dies allerdings dadurch, dass die Stärke dieser beiden Effekte im Vergleich mit der des Effekts für Hochqualifizierte gering ausfällt.

Der Qualifikationseffekt, der im Folgenden für ein Bundesland oder einen Kreis ausgewiesen wird, gibt an, wie sich das Beschäftigungswachstum vom durchschnittlichen westdeutschen Beschäftigungswachstum unterscheidet, wenn in der betreffenden Region die Qualifikationsstruktur von der durchschnittlichen westdeutschen Qualifikationsstruktur abweicht.

Beispiel:

Der höchste Qualifikationseffekt findet sich für Westdeutschland in Hamburg und nimmt den Wert 0,25 an. Dies bedeutet, dass das Beschäftigungswachstum in Hamburg ceteris paribus um 0,25 Prozentpunkte über dem westdeutschen Durchschnitt liegt, da sich die Qualifikationsstruktur in Hamburg von der durchschnittlichen westdeutschen Qualifikationsstruktur unterscheidet. Der Anteil der Hochqualifizierten an allen Beschäftigten liegt in Hamburg bei 10 % und damit 2,47 Prozentpunkte über dem Anteil in Westdeutschland.

3.4 Löhne - Höhere Löhne wirken negativ

Die ökonomische Theorie betrachtet die Lohnhöhe als sehr wichtig für die Entwicklung der Beschäftigung. Relativ hohe Löhne können zu einer Substitution von Arbeit durch Kapital führen oder inländische Unternehmen durch hohe Lohnkosten gegenüber ausländischen Unternehmen mit niedrigeren Lohnkosten benachteiligen. Löhne stellen für einen Unternehmer Kosten dar und können somit einen negativen Effekt auf die Beschäftigung haben. Löhne dürfen jedoch nicht allein unter dem Kostengesichtspunkt betrachtet werden. Hohe Löhne können den Unternehmen beispielsweise als Mittel dienen, besonders qualifizierte und motivierte Arbeitnehmer anzuwerben. Dies kann in einem Betrieb zu einer Verbesserung der Produktivität führen und muss keinen ungünstigen Effekt auf die Beschäftigung haben. Außerdem können relativ hohe Löhne die Mitarbeiter dazu bewegen, im Unternehmen zu bleiben, da es für sie schwierig ist, eine ähnlich gut dotierte Stelle zu finden. Gelingt dies, erspart sich ein Unternehmen die Kosten für die Rekrutierung und die Einarbeitung neuer Arbeitskräfte (vgl. für einen Überblick zur Rolle der (Effizienz-)Löhne Franz 2003, Kap. 8).

Um den Einfluss der Löhne auf die regionale Beschäftigungsentwicklung zu bestimmen, müssen allerdings verschiedene Faktoren bedacht werden. Werden bspw. die durchschnittlichen Löhne einer Kernstadt mit denen in einem ländlichen Kreis verglichen, wird in der Regel ein deutlich höheres Lohnniveau in der Stadt festgestellt. Höhere Löhne in der Stadt müssen aber nicht unbedingt ungünstigere Beschäftigungsanreize für Firmen darstellen. Sie können auch ein höheres Preisniveau oder ein höheres Qualifikationsniveau in der Stadt reflektieren.

Die Analyse muss solche Einflüsse auf die Lohnhöhe berücksichtigen. Deswegen wird der Lohn in einem ersten Schritt (in einer gesonderten Regressionsanalyse) von Einflüssen bereinigt, die durch die regionale Qualifikationsstruktur, die Betriebsgrößenstruktur, die Branchenstruktur, das Durchschnittsalter der Beschäftigten, den Anteil männlicher Beschäftigter und durch lohnbezogene Stand-

orteffekte hervorgerufen werden. Der bereinigte Lohn wird in die Beschäftigungsgleichung einbezogen.¹¹

Das Ergebnis der Analyse für Westdeutschland entspricht insofern den Erwartungen als sich ein höherer Relativlohn in vielen der Branchen negativ auf die Beschäftigung auswirkt, wobei das Ergebnis für viele Branchen nicht statistisch signifikant ist.

Tabelle 4:
Löhne - Beschäftigungswirkung nach Branchen

Branche	Koeffizient	Signifikanz
Land- und Forstwirtschaft	-40,77	
Energiewirtschaft	-14,67	
Bergbau	-54,41	**
Chemische Industrie	-38,70	***
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	-18,57	
Gewinnung von Steinen und Erden	-30,58	
Herstellung von Feinkeramik und Glas	45,01	
Metallerzeugung und -verarbeitung	4,04	
Maschinenbau	7,93	
Fahrzeugbau	-14,90	**
Herst. Büromaschinen, EDV, E-Technik, Optik	-6,81	
Herst. von Musikinstr., Schmuck, Spielwaren	-27,47	
Holzgewerbe	3,21	
Papier und Druck	1,34	
Leder und Textil	-19,44	
Ernährungsindustrie und Tabak	-22,90	**
Baugewerbe	-18,87	***
Handel	-6,45	
Verkehr und Nachrichten	-25,67	***
Kredit und Versicherungen	-1,57	
Gastgewerbe	3,35	
Gesundheits- und Sozialwesen	-6,50	
Vorwiegend wirtschaftsbezogene Dienstleistungen	0,67	
Erziehung und Unterricht	-15,59	*
Freizeitbezogene Dienstleistungen (z. B. Kunst, Medien)	6,73	
Haushaltsbezogene Dienstleistungen	4,23	
Gesellschaftsbezogene Dienstleistungen (z. B. Org. o. Erwerbscharakter)	-11,55	
Gebietskörperschaften u. Sozialversicherung	13,55	*

Signifikanzniveau: * 95 %, ** 99 %, *** 99,9%.

Ähnlich der Vorgehensweise bei den anderen Variablen wurde auch für den Lohn ein summarischer Effekt über alle Branchen einer Region errechnet. Der Lohneffekt zeigt, wie das Beschäftigungswachstum innerhalb der Branchen einer Region reagiert, wenn sich der Lohn vom Durchschnittslohn einer hinsichtlich der Siedlungsstruktur und des Branchenmix entsprechenden Region unterscheidet. Der Lohneffekt bezieht sich also nicht auf die Abweichung vom westdeutschen Durchschnitt.

¹¹ Bei den Löhnen ist zu berücksichtigen, dass in den verwendeten Daten nur Informationen bis zur Beitragsbemessungsgrenze beinhaltet sind. Damit ist die Information zensiert, weil nicht bekannt ist, wie viele Personen über der Beitragsbemessungsgrenze liegen und um welchen Betrag sie diese jeweils überschreiten.

Beispiel:

Das Bundesland mit dem höchsten Lohneffekt ist das Saarland mit 0,61. Die Interpretation unterscheidet sich in diesem Fall von den bisher beschriebenen Effekten. Ein Lohneffekt von 0,61 bedeutet, dass im Saarland der Lohn so weit unter dem durchschnittlichen Lohn einer Region liegt, deren Siedlungsstruktur und deren Branchenmix dem Saarland entspricht, dass das Beschäftigungswachstum im Saarland ceteris paribus um 0,61 Prozentpunkte höher ausfällt.

3.5 Regionale Standortbedingungen - Die „Schatzkarte“

Der Standorteffekt fängt einen systematischen Einfluss der betreffenden Region auf, der von den anderen Variablen nicht erklärt wird. Dahinter verbergen sich spezifische regionale Bedingungskonstellationen. Dabei kann es sich z. B. um eine besonders günstige Kombination von Branchen in der Region handeln, die dazu führt, dass die gesamte Wirtschaft von spillover Effekten profitiert, während in der vorliegenden Untersuchung nur die einzelnen Wirtschaftszweige betrachtet werden. Ein anderes Beispiel sind spezielle Qualifikationen der Beschäftigten, die nicht durch die hier verwendete Darstellung der formalen Qualifikationsstruktur abgebildet werden. Weitere Gründe können die Nähe zu großen Absatz- und Beschaffungsmärkten, die Infrastrukturausstattung und die Erreichbarkeit einer Region sowie die Ausstattung mit Institutionen aus dem Bereich Forschung und Entwicklung sein. Aber auch die geographische Lage und natürliche Ausstattung eines Raumes, die Öffnung einer Grenze oder die Schließung bzw. Ansiedlung eines für die Region wichtigen Betriebs können eine Rolle spielen. In Frage kommen außerdem spezielle wirtschafts- bzw. arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und „weiche“ Standortfaktoren wie die Lebensqualität oder der Ruf einer Region hinsichtlich der Wirtschaftsfreundlichkeit (vgl. z. B. Blume/Eickelpasch/Geppert 2003). Schließlich zeigt die Analyse, dass auch von der Siedlungsstruktur¹² ein Effekt auf die Beschäftigungsentwicklung ausgeht, der bei der Erklärung des Standorteffekts zu beachten ist.

Der Standorteffekt lässt sich als branchenübergreifende Abweichung der Wachstumsrate der Beschäftigung von der durchschnittlichen westdeutschen Wachstumsrate der Beschäftigung interpretieren. Für die Analyse werden ein bundeslandspezifischer, ein kreisspezifischer und ein siedlungsstrukturspezifischer Standorteffekt errechnet.

Im ersten Fall meint der Standorteffekt die Abweichung der Wachstumsrate der Beschäftigung in einem Bundesland von der durchschnittlichen Wachstumsrate der Beschäftigung in Westdeutschland. Als Kreiseffekt wird die Abweichung der Wachstumsrate der Beschäftigung in einem Kreis von der in Westdeutschland bezeichnet. Der dritte Fall, der Siedlungsstruktureffekt, bezeichnet die Abweichung der Wachstumsrate der Beschäftigung eines Kreises, die sich aufgrund seiner Siedlungsstruktur bzw. der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Siedlungsstrukturtypen ergibt, vom westdeutschen Durchschnitt.

¹² Für die Abbildung der Siedlungsstruktur wird auf die Typisierung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) zurückgegriffen. Das BBR unterscheidet drei Regionsgrundtypen und neun Kreistypen (vgl. Tab. 4) v. a. anhand der Indikatoren Zentralität und Bevölkerungsdichte (BBR 2001: 2f.).

Die Verteilung der Standorteffekte kann als eine Art „Schatzkarte“ betrachtet werden, die darüber Auskunft gibt, welche Regionen unerwartet gut oder schlecht abschneiden. Weitere Analysen, die die spezifischen regionalen Bedingungskonstellationen hinter den Standorteffekten untersuchen, sind vorgesehen.

4 Die Analyseergebnisse für das Bundesland Bayern

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Analyse für Bayern präsentiert. Zunächst wird dabei auf die Beschäftigungsentwicklung eingegangen und im Anschluss werden die Ergebnisse für die einzelnen Determinanten vorgestellt. Zu Beginn der jeweiligen Abschnitte wird das Ergebnis für den Freistaat mit den Ergebnissen der anderen Bundesländer verglichen, danach wird ein Überblick über die Resultate für die bayerischen Kreise und Städte gegeben. Als Abschluss werden der Landkreis Freising mit dem stärksten Beschäftigungswachstum und der Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge mit dem stärksten Beschäftigungsrückgang gesondert vorgestellt.

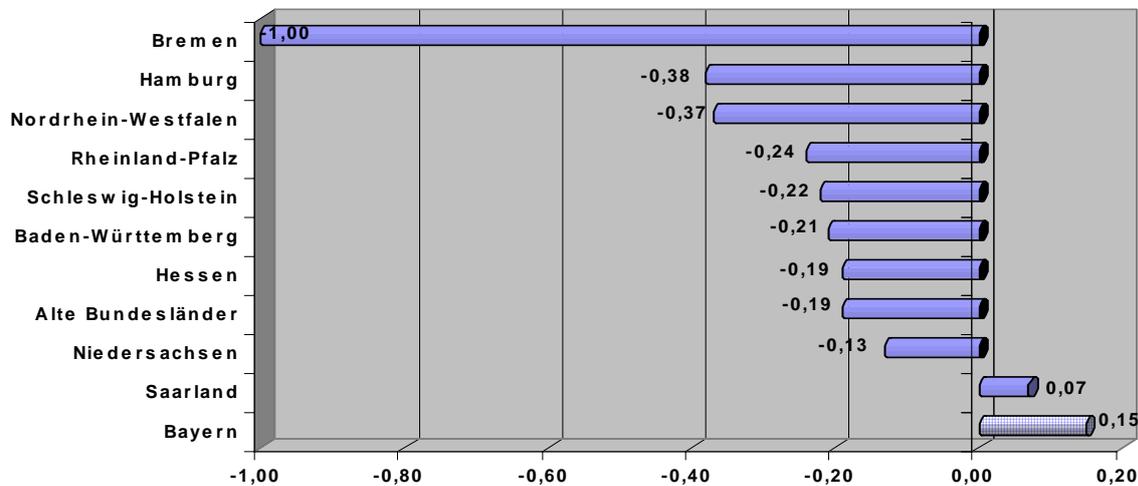
4.1 Die Beschäftigungsentwicklung in Bayern

Die Beschäftigung nahm in Bayern im Untersuchungszeitraum 1993 bis 2001 jährlich um durchschnittlich 0,15 % zu. Dieses Beschäftigungswachstum steht im Gegensatz zu der negativen Entwicklung in Westdeutschland (-0,19 %) und den meisten anderen Bundesländern (vgl. Abbildung 1).¹³ Außer in Bayern gab es nur im Saarland ein leichtes Beschäftigungswachstum (+0,07 %). Den größten Beschäftigungsrückgang unter den Flächenstaaten Westdeutschlands verzeichnete Nordrhein-Westfalen, wo sich offensichtlich die Strukturkrise des Ruhrgebiets niederschlägt. Deutlich negativ entwickelte sich die Beschäftigung auch in den beiden Stadtstaaten Bremen und Hamburg. Hier ist aber zu berücksichtigen, dass die Stadtstaaten eher mit anderen Kernstädten Westdeutschlands vergleichbar sind, die zum Teil ähnlich ungünstig abschnitten. Da die Verluste der Kernstädte in den Flächenstaaten durch die oftmals positive Entwicklung ihres Umlands kompensiert werden, zeichnet das aggregierte Beschäftigungswachstum bei den Flächenstaaten ein etwas freundlicheres Bild.

Das vergleichsweise positive Ergebnis Bayerns ist insofern nicht überraschend, als oben bereits gezeigt wurde, dass Bayern auch bei anderen wirtschaftlichen und arbeitsmarktlichen Indikatoren, wie dem Wachstum des BIP oder der Arbeitslosenquote, im Vergleich mit den anderen Bundesländern seit Jahren günstig abschneidet.

¹³ Tabelle A1 im Anhang gibt für alle westdeutschen Länder einen Überblick über die Analyseergebnisse zur Beschäftigungsentwicklung bzw. zu den verschiedenen Effekten.

Abbildung 1:
Durchschnittliche jährliche Veränderung der Beschäftigung in den alten Bundesländern
zwischen 1993 und 2001 in Prozent



Die Betrachtung der Beschäftigungsentwicklung auf Kreisebene zeigt große Disparitäten, die sich hinter dem Gesamtwert eines Bundeslandes verbergen. Solche Unterschiede finden sich z. B. in Nordrhein-Westfalen zwischen dem Ruhrgebiet und dem Münsterland oder zwischen dem Nordwesten Niedersachsens mit einer positiven Beschäftigungsentwicklung und den Kreisen im Südosten mit einem Beschäftigungsrückgang.

Auch in Bayern existiert eine große Spannweite bei den Wachstumsraten der Beschäftigung (vgl. Karte 1)¹⁴. Einerseits gab es in der Mehrzahl der bayerischen Kreise ein Beschäftigungswachstum. Bayern stellt sogar viele der Kreise, in denen die Beschäftigung in Westdeutschland - und damit auch in Deutschland insgesamt - am stärksten zunahm. Der Landkreis Freising (+2,68 %) und der Landkreis München (+2,62 %) stehen hier an der Spitze. Daneben erreichten der mittelfränkische Kreis Erlangen-Höchstadt und der Landkreis Würzburg in Unterfranken Wachstumsraten, die in Bayern und Westdeutschland zu den höchsten gehören. Weiter zählen Kreise in Oberbayern, in Niederbayern, der Oberpfalz und die Region Ingolstadt zu den Teilen Bayerns, in denen sich die Beschäftigung vergleichsweise gut entwickelte. Als erfreulich kann außerdem die relativ günstige Beschäftigungsentwicklung in einigen Kreisen Ostbayerns bezeichnet werden, die lange Zeit als „Armenhaus“ galten. Beispiele hierfür sind die Landkreise Schwandorf und Amberg-Sulzbach mit einem Plus von 1,19 % und 1,73 % im Beobachtungszeitraum.

Andererseits gibt es in Bayern Kreise, deren Beschäftigungsentwicklung im Beobachtungszeitraum weniger günstig verlief. Besonders betroffen war Nordostbayern mit weiten Teilen Oberfrankens und dem nördlichen Teil der Oberpfalz. Wunsiedel im Fichtelgebirge (-2,58 %), Hof (-2,13 %) und Tirschenreuth (-2,09 %) sind nicht nur in Bayern, sondern auch in Westdeutschland unter den Kreisen mit den stärksten Beschäftigungsverlusten. Die Probleme dieser Region, z. B. ungünstige industrielle Strukturen und die geographische Lage, wurden bereits angesprochen und tauchen bei der Interpretation der Determinanten der Beschäftigungsentwicklung wieder auf. Hinzu kommen die kreisfreien Städte Kaufbeuren, Nürnberg und Amberg. Auch die beiden als Fremdenverkehrsorte bekannten

¹⁴ Tabelle A2 im Anhang gibt für alle bayerischen Kreise und kreisfreien Städte einen Überblick über die Analyseergebnisse zur Beschäftigungsentwicklung und den Beiträgen der verschiedenen Effekte.

Landkreise Berchtesgadener Land und Garmisch-Partenkirchen in Oberbayern verzeichnen relativ starke Beschäftigungsrückgänge.

Bemerkenswert ist auch, dass in einigen Fällen die Beschäftigungsentwicklung zwar unauffällig verlief, die Werte der verschiedenen Effekte aber betragsmäßig sehr hoch ausfallen und sich gegenseitig überlagern. Beispiele hierfür sind die Städte München und Erlangen mit einem Beschäftigungswachstum von +0,01 % bzw. -0,01 %, aber „extremen“ Werten bei den Effekten der verschiedenen Variablen. Insofern sind solche Kreise bzw. Städte sehr interessante Untersuchungsobjekte hinsichtlich des Zusammenspiels der verschiedenen Determinanten.

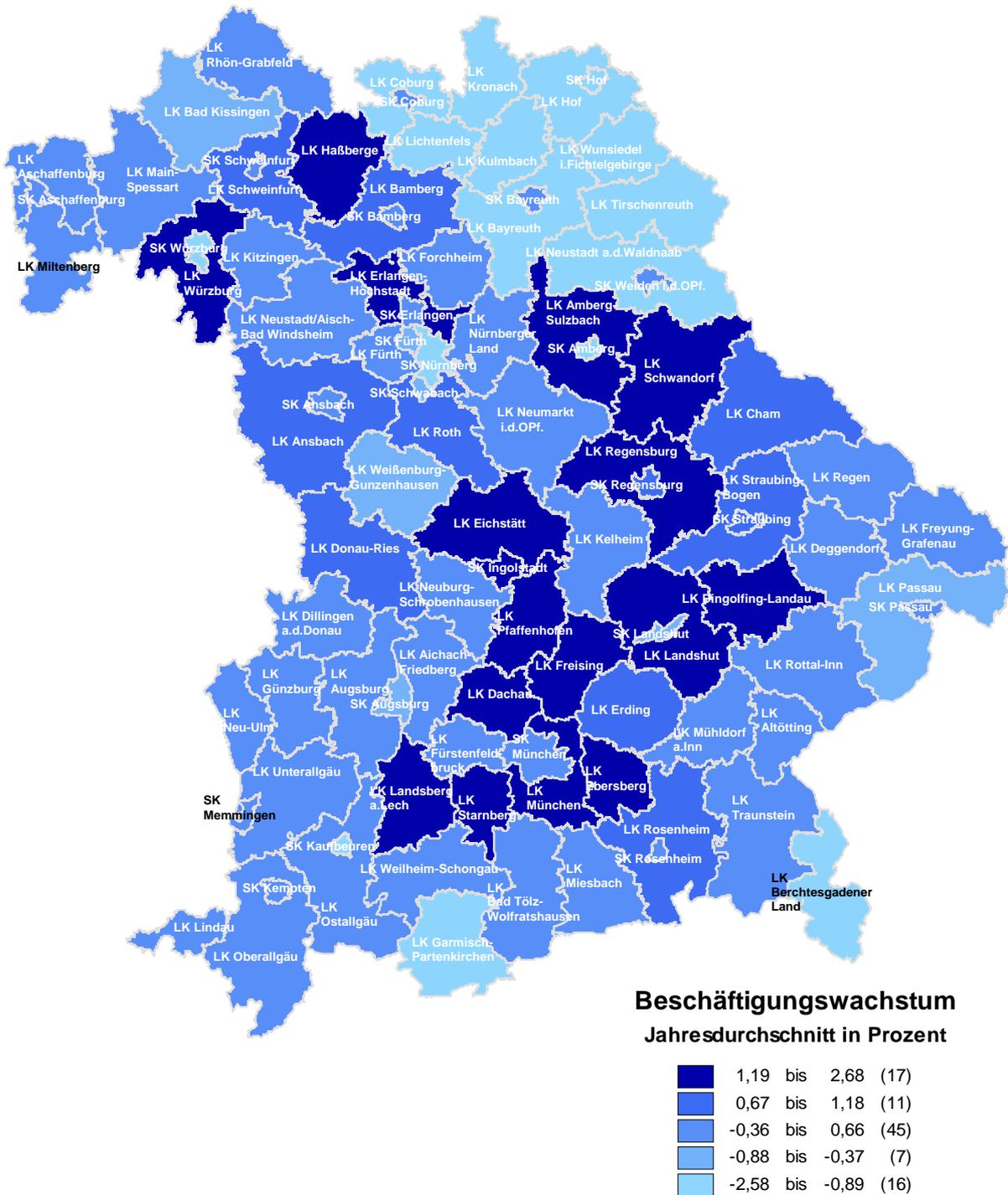
Insgesamt spiegelt sich in der Beschäftigungsentwicklung auf Kreisebene tendenziell das für Bayern oft genannte Gefälle zwischen Südbayern und Nordbayern wider. Guter Beschäftigungsentwicklung und niedriger Arbeitslosigkeit im Süden stehen Beschäftigungsverluste und vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit im Norden gegenüber. Es zeigt sich aber auch, dass es hiervon Ausnahmen gibt. Die Landkreise Erlangen-Höchststadt und Würzburg mit starken Beschäftigungsgewinnen wurden genannt. Ebenso die Kreise Berchtesgadener-Land und Garmisch-Partenkirchen mit einem Beschäftigungsrückgang, der sie deutlich von den benachbarten Kreisen unterscheidet.

Außerdem zeigt sich auch in Bayern der seit langem zu beobachtende Trend einer oft besseren Beschäftigungsentwicklung im Umland als in den Kernstädten selbst (Irmen/Blach 1994: 449ff.; Koll/Kierner 1994: 23f.). Erklärt wird dieser Prozess der Suburbanisierung der Beschäftigung - der Abwanderung von industriellen und Dienstleistungsarbeitsplätzen aus den Kernstädten in das Umland - gewöhnlich mit der Verfügbarkeit von Flächen, den Bodenpreisen, dem Ausbau der (Verkehrs-)Infrastruktur und dem Wandel von Produktionsformen bzw. Betriebsstrukturen (Irmen/Blach 1994: 447ff.; Kulke 2004: 241f.; 252f.).¹⁵ Exemplarisch sei hier die Stadt München genannt. Einerseits schneidet die Landeshauptstadt mit einem durchschnittlichen Beschäftigungswachstum von +0,01 % im Vergleich mit anderen Kernstädten in Westdeutschland noch sehr gut ab. Andererseits ist dieses Beschäftigungswachstum deutlich geringer als das der meisten umliegenden Kreise.

Etwas anders stellt sich die Entwicklung der Beschäftigung in den kreisfreien Städten Nordostbayerns dar, die allerdings nicht zu den Kernstädten gemäß der Typisierung des BBR zählen. In Coburg, Weiden in der Oberpfalz und Hof kam es zwar zu einem Beschäftigungsrückgang, doch war dieser weniger stark als in den umliegenden Landkreisen. Die Stadt Bayreuth konnte im Gegensatz zum Landkreis Bayreuth sogar ein geringes Beschäftigungswachstum verbuchen. Dies dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, dass diese Ober- und Mittelzentren in ländlichen Regionen immer noch einen Anziehungspunkt für die Arbeitskräfte des Umlands darstellen, was ihre bessere Entwicklung im Vergleich mit dem Umland erklärt (Maier 1998: 47f.).

Die Daten zeigen auch, dass die Beschäftigungsverluste in den (Kern-)Städten vor allem aus der ersten Hälfte des Beobachtungszeitraums resultieren. In der zweiten Hälfte fand in vielen Städten, entsprechend der allgemeinen Beschäftigungsentwicklung, ein beachtliches Beschäftigungswachstum statt. Es bleibt abzuwarten, ob sich längerfristig eine Relativierung des Suburbanisierungstrends ergibt (vgl. Geppert/Gornig 2003).

¹⁵ Ein aktuelles Beispiel für die Verlagerung von Beschäftigung aus einer Kernstadt in das Umland aufgrund nicht mehr vorhandener Erweiterungsmöglichkeiten gibt die Allianz, die 2004 Unterführung im Landkreis München zum mitarbeiterstärksten Standort ausbaute (Allianz 2004).

Karte 1:**Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten der Beschäftigung in Bayern, 1993 bis 2001**

4.2 Brancheneffekt

Der Brancheneffekt für Bayern beträgt -0,04 Prozentpunkte. D. h. die Branchenstruktur im Freistaat hat im Vergleich mit Westdeutschland eine geringe negative Wirkung auf die Beschäftigungsentwicklung. In anderen westdeutschen Ländern sind erheblich stärkere Effekte messbar. Positiv fallen die Stadtstaaten Hamburg und Bremen auf, an dritter Stelle liegt Hessen. In Hamburg und Hessen sind in erster Linie die Anteile der Beschäftigten in der Wachstumsbranche „Vorwiegend wirtschaftsbezogene Dienstleistungen“ für den positiven Effekt verantwortlich, da sie weit über dem westdeutschen Durchschnitt liegen (+6,0 bzw. +2,2 Prozentpunkte). Aber auch andere positiv wirkende Dienstleistungsbranchen spielen eine Rolle, z. B. „Verkehr und Nachrichten“ (Hamburg: +5,1 Prozentpunkte; Bremen: +6,1 Prozentpunkte) und „Kredit und Versicherungen“ (Hamburg: +3,0 Prozentpunkte; Hessen: +2,3 Prozentpunkte). In Bremen ist außerdem die Branche „Fahrzeugbau“ (+5,1 Prozentpunkte) ein ausschlaggebender Faktor für den positiven Brancheneffekt.

Ein vergleichsweise starker negativer Effekt des Branchenmix findet sich in Rheinland-Pfalz und im Saarland. In Rheinland-Pfalz liegt dies insbesondere an dem Gewicht der Branche „Chemische Industrie“, in der erheblich mehr Beschäftigte tätig sind als im westdeutschen Durchschnitt (+3,6 Prozentpunkte). Im Saarland ist es vor allem der „Bergbau“, die Branche mit der stärksten negativen Wirkung auf die Beschäftigungsentwicklung, die mit einem überdurchschnittlichen Anteil (+3,6 Prozentpunkte) zu Buche schlägt.

In Bayern sind im Gegensatz dazu die Abweichungen der Beschäftigtenanteile in den einzelnen Branchen im Vergleich mit Westdeutschland relativ gering, woraus in der Summe nur ein schwacher Effekt der Branchenstruktur resultiert. Abbildung 2 gibt einen Überblick und zeigt in Spalte eins den Anteil der Beschäftigten einer Branche an allen Beschäftigten im Bundesland. Spalte zwei gibt die Abweichung des Beschäftigtenanteils der Branche im Bundesland vom durchschnittlichen Anteil der Beschäftigten in Westdeutschland an. In Spalte drei findet sich der Koeffizient, der die Wirkung der jeweiligen Branche auf die Beschäftigung angibt.

Am deutlichsten ist die Differenz noch in der Branche „Herstellung von Büromaschinen, EDV, Elektrotechnik, Optik“, die einen negativen Einfluss auf das Beschäftigungswachstum ausübt. Ihr Anteil liegt mit 8,8 % der Beschäftigten um 1,6 Prozentpunkte über dem Durchschnitt Westdeutschlands und sie ist nach dem Handel die zweitgrößte Branche in Bayern. Auch das Baugewerbe, eine weitere Branche mit einer (starken) negativen Wirkung, hat in Bayern ein größeres Gewicht als in Westdeutschland (+0,8 Prozentpunkte) und mit 8,2 % eine relativ starke Stellung im Branchenmix. Im Vergleich mit den oben für die anderen Länder aufgeführten Abweichungen vom westdeutschen Durchschnitt sind dies allerdings geringe Differenzen.

Sehr gering sind die Unterschiede auch bei den vier Branchen, die in Bayern überdurchschnittlich vertreten sind und eine positive Wirkung auf die Beschäftigungsentwicklung haben. Die Differenz in der Branche „Kredit und Versicherungen“ beträgt nur 0,1 Prozentpunkte. Die Abweichungen im Gastgewerbe (+0,6 Prozentpunkte) und bei den freizeitbezogenen Dienstleistungen (+0,2 Prozentpunkte) sind ebenfalls nicht sehr groß. Im Ansatz spiegelt sich hier die hohe Bedeutung des Tourismus in Bayern wider. Auch der Anteil der Beschäftigten im Fahrzeugbau (5,6 %) liegt in Bayern um

Abbildung 2:
Branchenstruktur in Bayern

Branchen mit positivem Beschäftigungseffekt, in Bayern über dem Durchschnitt aller westdeutschen Länder			
	1	2	3
Fahrzeugbau	5,57	0,35	1,07
Kredit, Versicherung	4,34	0,09	1,49
Gastgewerbe	2,94	0,56	0,80
Freizeitbezogene Dienstleistungen	1,59	0,23	1,50

Branchen mit positivem Beschäftigungseffekt, in Bayern unter dem Durchschnitt aller westdeutschen Länder			
	1	2	3
Gesundheits- und Sozialwesen	8,17	-0,43	2,68
Vorwiegend wirtschaftsbezogene Dienstleistungen	7,86	-0,16	6,31
Verkehr/Nachrichten	4,63	-0,53	0,71

Branchen mit negativem Beschäftigungseffekt, in Bayern über dem Durchschnitt aller westdeutschen Länder			
	1	2	3
Büromaschinen/EDV Elektrotechnik/Optik	8,84	1,63	-0,51
Baugewerbe	8,18	0,76	-3,44
Ernährung, Tabak	3,38	0,37	-2,21
Holzgewerbe	2,27	0,42	-2,55
Leder, Textil	1,94	0,47	-6,92
Gewinnung von Steinen, Erden	1,29	0,38	-4,07
Feinkeramik und Glas	0,97	0,42	-1,61
Musikinstrumente/ Schmuck/Spielwaren	0,32	0,14	-4,27

Branchen mit negativem Beschäftigungseffekt, in Bayern unter dem Durchschnitt aller westdeutschen Länder			
	1	2	3
Handel	13,30	-0,68	-0,58
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	5,48	-0,46	-0,41
Maschinenbau	4,33	-0,05	-0,66
Metallerzeugung und -verarbeitung	2,21	-1,23	-1,61
Erziehung/Unterricht	2,71	-0,24	-0,43
Chemische Industrie	1,82	-0,81	-2,61
Papier/Druck	1,70	-0,04	-1,65
Bergbau	0,02	-0,56	-8,20

Spalte 1: Anteil der Beschäftigten der Branche an allen Beschäftigten im Land in Prozent

Spalte 2: Abweichung des Anteils der Beschäftigten der Branche im Land vom durchschnittlichen Anteil der Beschäftigten der Branche in Westdeutschland in Prozentpunkten

Spalte 3: Koeffizient, der den Einfluss auf den Brancheneffekt darstellt, in Prozentpunkten

0,35 Prozentpunkte über dem westdeutschen Durchschnitt, schließlich sind in Bayern BMW und Audi beheimatet. Allerdings spielt der Fahrzeugbau in mehreren anderen Bundesländern eine größere Rolle. Deutlich höhere Beschäftigtenanteile in dieser Branche gibt es im Saarland, in Niedersachsen (jeweils 8,1 %) und in Bremen (10,3 %). Auch Baden-Württemberg, sicherlich ein Bundesland, das in der öffentlichen Wahrnehmung ebenfalls mit dem Fahrzeugbau in Verbindung gebracht wird, liegt mit einem Beschäftigtenanteil von 6,8 % zwar hinter diesen Ländern, jedoch vor Bayern.

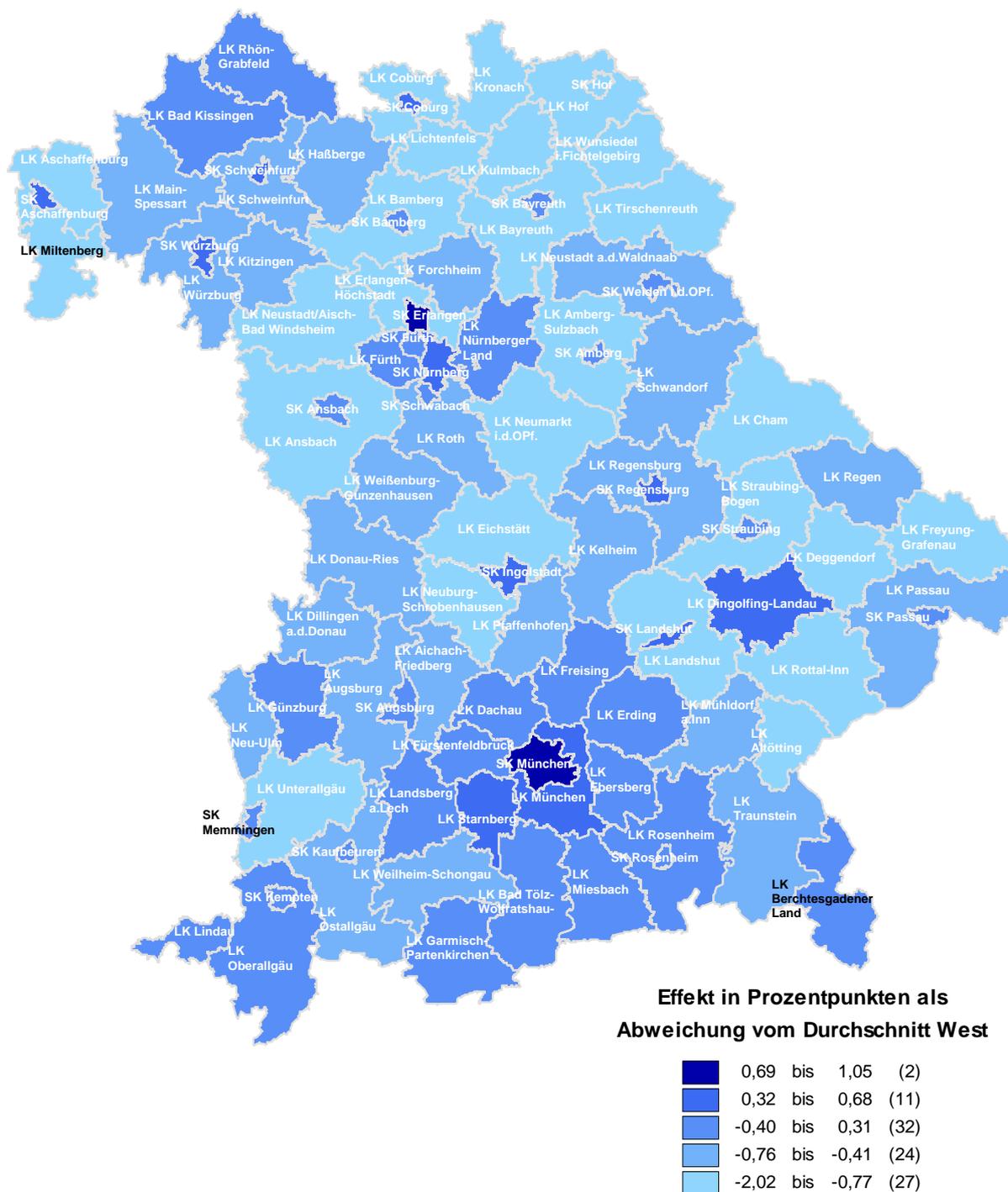
Die Beschäftigungsanteile in den drei Branchen „Gesundheits- und Sozialwesen“, „Vorwiegend wirtschaftsbezogene Dienstleistungen“ sowie „Verkehr und Nachrichten“, die einen stark positiven Einfluss auf die Beschäftigungsentwicklung in Westdeutschland haben, liegen im Freistaat leicht unter den westdeutschen Durchschnittswerten. Gemessen an ihren Beschäftigungsanteilen leisten sie insgesamt in Bayern also keinen positiven Beitrag zum Brancheneffekt, auch wenn sie eine wichtige Stellung im Branchenmix innehaben.

Bayern profitierte bei seinem wirtschaftlichen Aufholprozess und seiner vergleichsweise guten Arbeitsmarktlage u. a. von der Ansiedlung großer Unternehmen und einer damals modernen Branchenstruktur. Dass für den Beobachtungszeitraum bei einer isolierten Betrachtung kein positiver Brancheneffekt festgestellt wurde, stellt dazu keinen Widerspruch dar. Es zeigt nur deutlich, dass die Branchenstruktur Bayerns auf der hier betrachteten Aggregationsebene im untersuchten Zeitraum weitgehend dem westdeutschen Durchschnitt entspricht und für sich genommen keine positive Wirkung hat. Manche Branchen, für die eine negative Wirkung auf das Beschäftigungswachstum ermittelt wurde, erreichten im Freistaat zwar positive Wachstumsraten, z. B. „Metallerzeugung und –verarbeitung“ und „Maschinenbau“, dies macht sich jedoch nicht in der Wirkung des Branchenstruktur bemerkbar. Die Ergebnisse der Analyse lassen erkennen, dass das Beschäftigungswachstum Bayerns in den 1990er Jahren insbesondere dem Standorteffekt geschuldet war (vgl. Pkt. 4.6). Gleichwohl ist zu beachten, dass die Branchenstruktur auf Kreisebene eine bedeutende Rolle spielen kann.

Positive Brancheneffekte ergeben sich tendenziell für Städte. Zurückzuführen ist dies in erster Linie auf die Überrepräsentanz von Dienstleistungen, insbesondere die Branche „Vorwiegend wirtschaftsbezogene Dienstleistungen“. Einen besonders günstigen Brancheneffekt verzeichnen die Landeshauptstadt München (+1,05 Prozentpunkte) und die Stadt Erlangen (+0,88 Prozentpunkte). In beiden Städten liegt der Anteil der „Vorwiegend wirtschaftsbezogenen Dienstleistungen“ jeweils deutlich über dem westdeutschen Durchschnitt. In München ist zudem die Branche „Kredit und Versicherungen“ überrepräsentiert, da die Stadt Sitz großer Versicherungsunternehmen sowie mehrerer Banken ist. Außerdem führt in einigen bayerischen Städten bzw. Kreisen der hohe Beschäftigungsanteil der Branche „Fahrzeugbau“ zu einem relativ starken positiven Brancheneffekt. Zu nennen sind hier z. B. Ingolstadt, mit Audi, und der Kreis Dingolfing-Landau, ein Standort von BMW, in dem knapp 60 % aller Beschäftigten in dieser Branche tätig sind. Ein höherer Anteil Beschäftigter im Fahrzeugbau findet sich nur in der „Automobilstadt“ Wolfsburg mit fast 70 %.

Mehrheitlich errechnet sich auf Kreisebene allerdings ein negativer Effekt der Branchenstruktur auf die Beschäftigungsentwicklung, wie sich auch an der Verteilung der Brancheneffekte auf Kreisebene in Karte 2 erkennen lässt. Besonders betroffen sind einige nordostbayerische Kreise. Der stärkste negative Wert errechnet sich für den Landkreis Hof mit -2,02 Prozentpunkten. Die Tradition der Textilverarbeitung (s. Pkt. 2.2.1) zeigt sich dort bis heute und macht sich negativ beim Brancheneffekt bemerkbar. Gleichwohl gibt es auch in anderen Teilen Bayerns Kreise, in denen die Branchenstruktur einen relativ starken negativen Effekt hat, z. B. Altötting in Niederbayern (-1,15 Prozentpunkte), dort dominiert die chemische Industrie, oder Miltenberg in Unterfranken (-1,18 Prozentpunkte), mit über dem Durchschnitt liegenden Beschäftigungsanteilen in der Branche „Leder und Textil“ sowie ebenfalls der chemischen Industrie.

**Karte 2:
Brancheneffekte in Bayern¹⁶**



¹⁶ Zur Bildung der Klassengrenzen wurden ausgehend vom Mittelwert je eine halbe und eine ganze Standardabweichung nach oben und unten verwendet.

4.3 Betriebsgrößeneffekt

Die Betriebsgrößenstruktur im Freistaat unterscheidet sich auf aggregierter Ebene kaum von der Westdeutschlands. Der Anteil Beschäftigter in kleineren Betrieben ist in Bayern etwas größer als in Westdeutschland (+0,8 Prozentpunkte). Bei den mittleren Betrieben, die einen positiven Einfluss auf die Entwicklung der Beschäftigung haben, sind die Anteilswerte für Bayern und Westdeutschland identisch (jeweils 24,4 %). Der Beschäftigungsanteil der größeren Betriebe, die einen negativen Effekt hinsichtlich des Beschäftigungswachstums ausüben, liegt in Bayern mit 48,7 % knapp einen Prozentpunkt unter dem westdeutschen Vergleichswert. In der Summe ergibt sich daraus für das Bundesland im Vergleich mit Westdeutschland kein messbarer Effekt der Betriebsgrößenstruktur. Für andere Länder errechnen sich etwas größere Werte, wobei Schleswig-Holstein mit einem Plus von 0,37 Prozentpunkten den stärksten Effekt aufweist. Während dort Beschäftigte in mittleren Betrieben deutlich überrepräsentiert sind, fällt der Effekt in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen jeweils negativ aus, weil überdurchschnittlich viele Beschäftigte in größeren Betrieben tätig sind. Hier zeigt sich wieder deutlich, dass die Stadtstaaten eher mit (Kern-)Städten vergleichbar sind, für die vielfach ein negativer Betriebsgrößeneffekt messbar ist.

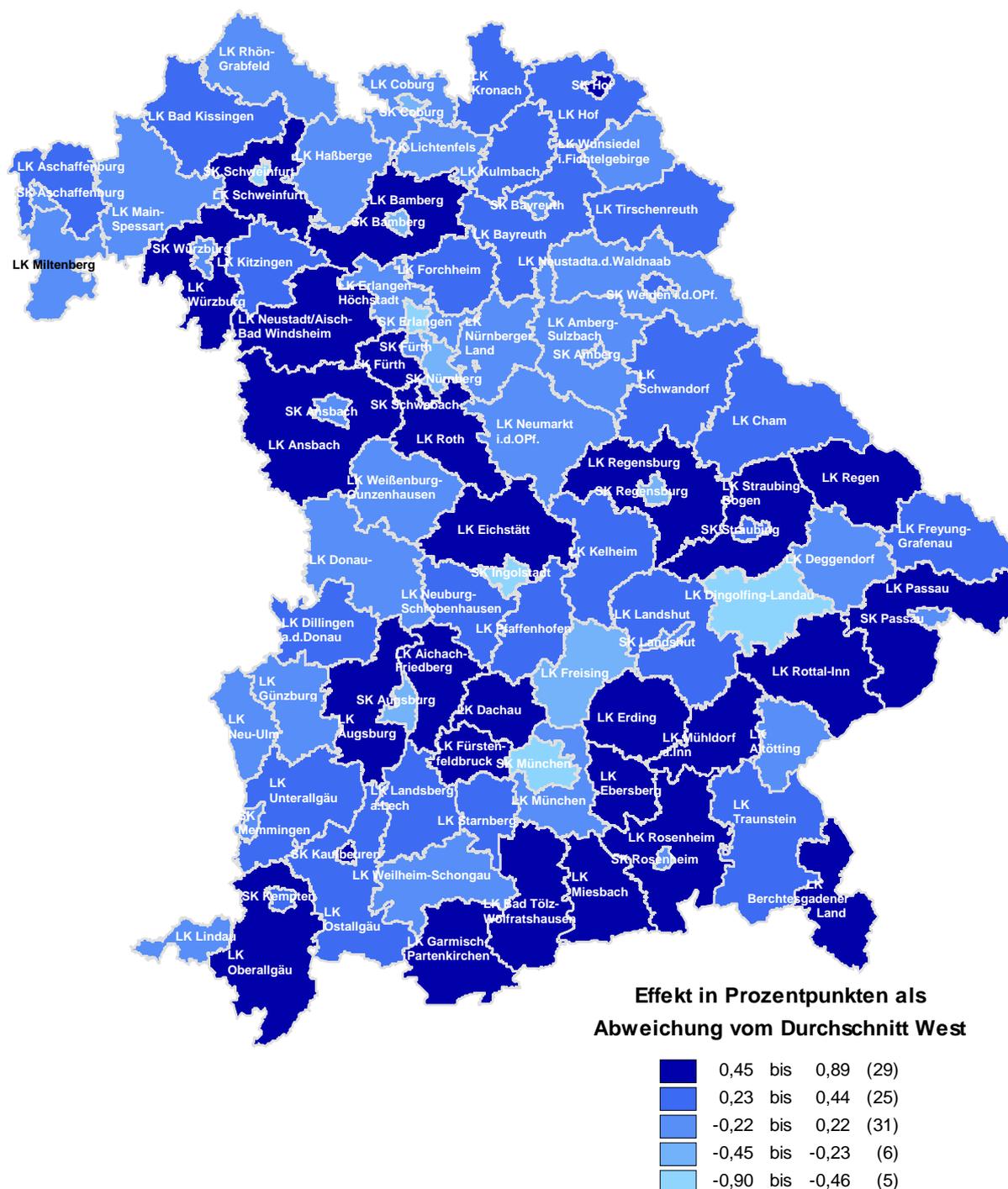
Für die bayerischen Kreise ergibt sich überwiegend ein positiver Betriebsgrößeneffekt oder einer, der weder in positiver noch negativer Hinsicht besonders stark ausfällt (vgl. Karte 3). Das bedeutet, dass in vielen Kreisen kleinere und mittlere Betriebe eine vergleichsweise große Bedeutung besitzen. Am günstigsten fällt der Effekt im Landkreis Schweinfurt aus (+0,89 Prozentpunkte). Dort ist auch der Kontrast des Betriebsgrößeneffekts zwischen Landkreis und Stadt besonders auffällig (s. u.). Ein zweites Beispiel für einen Kreis, in dem die Betriebsgröße positiv auf die Beschäftigungsentwicklung wirkt, ist der Kreis Berchtesgadener Land (+0,86 Prozentpunkte). In beiden Kreisen beträgt der Beschäftigungsanteil kleinerer Betriebe über 40 % und der Anteil mittlerer Betriebe etwas mehr als ein Drittel. Nur ca. ein Viertel der Beschäftigten entfällt auf die größeren Betriebe.

Zu den Kreisen, die einen verhältnismäßig starken negativen Effekt aufweisen, gehören Dingolfing-Landau (-0,76 Prozentpunkte) sowie die Stadt Ingolstadt (-0,75 Prozentpunkte). Hier schlägt wie beim Brancheneffekt vor allem die Präsenz von BMW (Dingolfing-Landau) und Audi (Ingolstadt) durch. In Ingolstadt waren knapp 69 % der Beschäftigten in einem Betrieb mit 100 oder mehr Beschäftigten tätig, in Dingolfing 68 %. Außerdem sind die Städte München, Erlangen und Schweinfurt von ungünstigen Betriebsgrößeneffekten betroffen, weil überdurchschnittlich hohe Beschäftigtenanteile in größeren Betrieben vorliegen. Während in München verschiedene große Konzerne ihre Zentrale oder eine Niederlassung mit vielen Beschäftigten haben, ist für Erlangen das „Schwergewicht“ Siemens zu nennen. Siemens ist der größte Arbeitgeber der Stadt und nach eigenen Angaben ist Erlangen mit 21.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der weltweit zweitgrößte Standort des Unternehmens (Siemens 2005). Schweinfurt wird dagegen durch die Wälzlagerproduzenten FAG Kugelfischer (seit 2002 Teil von INA-Schaeffler) und SKF Schwedische Kugellagerfabriken sowie den Automobilzulieferer Fichtel und Sachs geprägt. Obwohl in diesen Betrieben vor und während des Untersuchungszeitraums ein Beschäftigungsabbau stattfand, der zu beträchtlichen Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt führte, bleiben sie Hauptarbeitgeber in der Stadt, mit jeweils einigen tausend Beschäftigten.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse zum Betriebsgrößeneffekt, dass in den Städten selbst oft große Betriebe die Beschäftigung dominieren, trotz der Verlagerung von Unternehmen bzw. Unternehmenstei-

len und Beschäftigung in das Umland. Deswegen fällt der Betriebsgrößeneffekt dort negativ aus. Ausnahmen sind der Landkreis Dingolfing-Landau oder auch der Landkreis Freising, mit dem Münchener Flughafen, in denen ebenfalls die Beschäftigung in großen Betrieben überwiegt.

**Karte 3:
Betriebsgrößeneffekte in Bayern**



4.4 Qualifikationseffekt

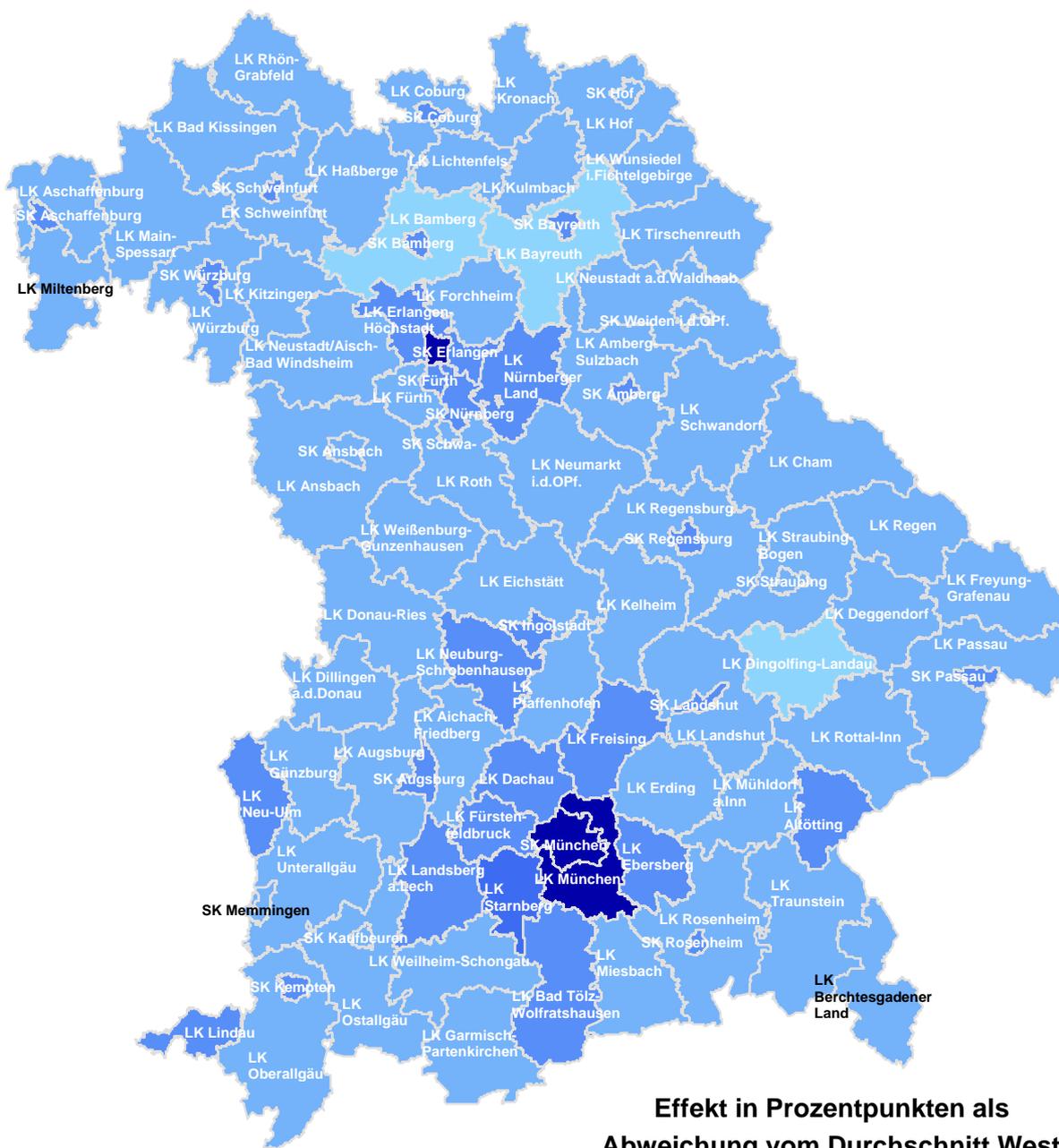
Der Effekt der Qualifikationsstruktur ist für Bayern mit +0,03 Prozentpunkten gering. Die Anteilswerte der drei Qualifikationsgruppen - niedrig qualifizierte, qualifizierte und hoch qualifizierte Beschäftigte - an allen Beschäftigten entsprechen nahezu den westdeutschen Vergleichswerten. Bei den Niedrigqualifizierten liegt Bayern mit einem Anteil von 24,4 % an allen Beschäftigten etwas unter dem westdeutschen Wert (-0,3 Prozentpunkte), bei den Qualifizierten mit 67,9 % etwas darüber (+0,2 Prozentpunkte) und bei den Hochqualifizierten mit 7,7 % nahezu auf dem westdeutschen Niveau (+0,1 Prozentpunkte). Der aus dem leicht überdurchschnittlichen Anteil der hoch qualifizierten Beschäftigten resultierende positive Effekt und der negative Effekt des ebenfalls überdurchschnittlichen Anteils der qualifizierten Beschäftigten gleichen sich nahezu aus. Daher kann sich Bayern bei der Qualifikationsstruktur von Westdeutschland nicht positiv absetzen. Anders sieht dies beispielsweise in Hamburg und in Hessen aus, wo erheblich mehr hoch qualifizierte Beschäftigte zu finden sind als im Durchschnitt (+2,5 Prozentpunkte bzw. +2,3 Prozentpunkte). Dementsprechend fällt der Qualifikationseffekt in diesen Länder positiv aus. Den stärksten negativen Wert weist das Modell für Schleswig-Holstein aus, dort liegt der Anteil der Hochqualifizierten an allen Beschäftigten auch am deutlichsten unter dem Anteilswert für Westdeutschland (-2,4 Prozentpunkte).

Für viele bayerische Kreise ergibt sich ein negativer Qualifikationseffekt, der allerdings in den meisten Fällen relativ gering ausfällt (vgl. Karte 4). Vergleichsweise stark negativ wirkt die Qualifikationsstruktur im Landkreis Dingolfing-Landau mit -0,41 Prozentpunkten. Dort entfallen 75 % der Beschäftigten auf die Qualifikationsgruppe „qualifizierte Beschäftigte“. Dies dürfte vor allem auf die großen Arbeitgeber der Region, BMW und zahlreiche Automobilzulieferer, zurückzuführen sein, die diese Qualifikationsstufe stark nachfragen. Die Hochqualifizierten machen dagegen nur einen Anteil von 2,5 % aus. Der gleiche negative Effekt ergibt sich für den Landkreis Bamberg in Oberfranken, in dem ebenfalls der Anteil der qualifizierten Beschäftigten mit 74 % überdurchschnittlich und der Anteil der Hochqualifizierten mit 2,3 % klar unterdurchschnittlich ausfällt.

Bemerkenswert positiv schneiden dagegen, wie beim Brancheneffekt, die beiden Städte Erlangen und München ab sowie der Landkreis München. Erlangen weist bundesweit den stärksten positiven Qualifikationseffekt auf (+1,26 Prozentpunkte). Fast ein Viertel der Beschäftigten (24,1 %) fällt unter die Kategorie „hoch qualifiziert“. In keinem anderen Kreis ist der Anteil der hoch qualifizierten Beschäftigten ähnlich hoch. Zum Vergleich: Darmstadt erreicht mit 18,7 % den zweithöchsten Anteil Hochqualifizierter und der westdeutsche Durchschnitt liegt bei 7,6 %. Der Landkreis und die Stadt München weisen mit +0,76 Prozentpunkten und +0,71 Prozentpunkten ebenfalls sehr günstige Qualifikationseffekte aus, bleiben jedoch deutlich hinter dem Erlanger Wert zurück. In Westdeutschland nehmen sie beim Qualifikationseffekt aber auch eine Spitzenposition ein.

Insgesamt ergibt sich bei der Betrachtung des Effekts der Qualifikationsstruktur auf Kreisebene in Bayern ein relativ ausgeglichenes Bild, das allerdings von negativen Qualifikationseffekten geprägt ist. An dem Ergebnis, dass günstige Effekte vor allem in Städten und im Ballungsraum München auftreten, zeigt sich ein Stück weit die funktionale Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land. Führungs-, Verwaltungs- und Forschungsbereiche von Unternehmen, in denen viele hoch qualifizierte Arbeitskräfte beschäftigt sind, finden sich aufgrund von Agglomerationsvorteilen in der Regel in den Städten bzw. in den Ballungsräumen.

**Karte 4:
Qualifikationseffekte in Bayern**



**Effekt in Prozentpunkten als
Abweichung vom Durchschnitt West**

	0,45 bis 1,26 (3)
	0,24 bis 0,44 (1)
	-0,18 bis 0,23 (28)
	-0,38 bis -0,19 (61)
	-1,00 bis -0,39 (3)

4.5 Lohneffekt

Für Bayern beträgt der Lohneffekt -0,07 Prozentpunkte. Neben Bayern weisen Baden-Württemberg, Hessen und der Stadtstaat Hamburg einen negativen Wert auf. Der Grund für den ungünstigen Lohneffekt in den drei Flächenstaaten liegt darin, dass sich dort jeweils mehr oder minder große „Hochlohnregionen“ finden, die einen starken Einfluss ausüben. In Hessen ist dies bspw. der Raum Frankfurt und in Bayern der Raum München (s. u.). Dem stehen positive Lohneffekte in den anderen Bundesländern gegenüber. Dort wirkt das relative Lohnniveau beschäftigungsfördernd und es gibt keine solch auffälligen „Hochlohnregionen“. Bei weitem am stärksten fällt der positive Effekt für das Saarland mit +0,61 Prozentpunkten aus, es folgt Bremen mit einem bereits erheblich niedrigeren Wert von +0,22 Prozentpunkten.

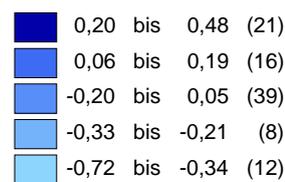
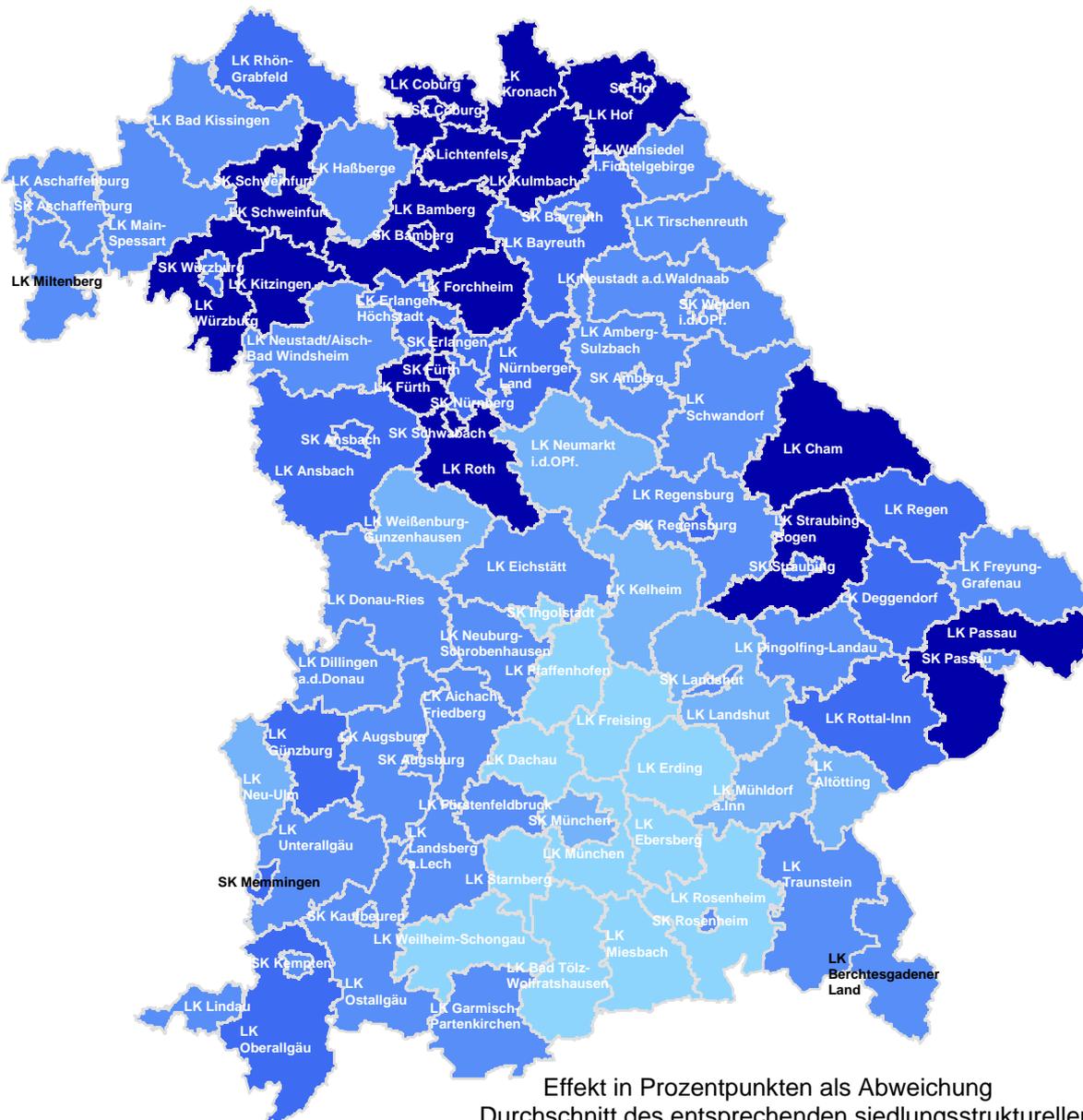
Auf Kreisebene ergeben sich in Bayern stärkere Effekte als für das Bundesland (vgl. Karte 5). Die negativsten Lohneffekte errechnen sich für oberbayerische Kreise, insbesondere für die Kreise des Münchener Umlands. Die Landeshauptstadt selbst verzeichnet einen Lohneffekt von -0,27 Prozentpunkten, den höchsten Wert erreicht der Landkreis Starnberg mit -0,71 Prozentpunkten. Auch bundesweit sind die negativen Effekte der Hochlohnregion in Oberbayern „Spitze“. Lediglich der Kreis Waldshut in Baden-Württemberg verzeichnet einen ähnlich starken negativen Lohneffekt.

Kreise, in denen der Lohneffekt mehr oder minder positiv ausfällt, finden sich in Bayern vor allem in den fränkischen Regierungsbezirken sowie in Niederbayern. Diese Landkreise verzeichnen also im Vergleich mit Kreisen desselben siedlungsstrukturellen Typs und Branchenmix ein niedrigeres und damit die Beschäftigung förderndes Lohnniveau. Die günstigsten Werte erreichen mit +0,48 Prozentpunkten und +0,46 Prozentpunkten die Landkreise Bamberg und Hof.

Die Verteilung der Lohneffekte unterstützt die Lohnkurvenhypothese, der zufolge der durchschnittliche regionale Lohn mit zunehmender Arbeitslosigkeit in einer Region sinkt. Diesem Zusammenhang entsprechen die eher positiven Lohneffekte bzw. das niedrige Lohnniveau in den fränkischen und niederbayerischen Kreisen, von denen viele höhere Arbeitslosenquoten aufweisen als die Kreise in Oberbayern. Als Erklärungsansatz für die niedrigeren Löhne bietet sich außerdem die durch die Wiedervereinigung und die Grenzlage der Regionen beförderte Arbeitskräftemobilität aus Ostdeutschland bzw. Tschechien an. Die negativen Lohneffekte und das vergleichsweise hohe Lohnniveau in weiten Teilen Oberbayerns lässt sich bspw. mit Effizienzlohnmodellen begründen, die die Zahlung von hohen Löhnen in Regionen mit niedriger Arbeitslosigkeit u. a. auf das Problem der Rekrutierung von Arbeitskräften oder die Vermeidung der Abwanderung von Arbeitskräften aus dem Betrieb zurückführen (vgl. z. B. Bellmann/Blien 1997).

In den Lohneffekten zeigt sich außerdem, dass ein hohes regionales Lohnniveau einem Beschäftigungswachstum nicht unbedingt im Wege stehen muss, auch wenn die Analyse für die meisten Branchen eine negative Reaktion der Beschäftigung auf überdurchschnittliche Löhne nachweist. Eine mögliche Erklärung hierfür ist, dass die Agglomerationsvorteile in einer Region wie München so groß sind, dass es den Unternehmen möglich ist, diese in Form höherer Löhne weiterzugeben, wodurch wiederum (hoch) qualifizierte Arbeitskräfte angezogen werden. Dagegen wirkt in den nordostbayerischen Kreisen das Lohnniveau zwar positiv auf die Beschäftigungsentwicklung, die negativen Effekte anderer Determinanten sind jedoch so stark, dass es zu Beschäftigungsverlusten kommt.

Karte 5: Lohneffekte in Bayern



4.6 Standorteffekte: Bundeslandeffekt und Kreiseffekt

Einen positiven Einfluss auf die Beschäftigungsentwicklung haben in Bayern die Standortbedingungen. Sie resultieren in einem Standorteffekt für das Bundesland (im Folgenden auch als „Bundeslandeffekt“ bezeichnet) von +0,53 Prozentpunkten. Dies ist der stärkste positive Standorteffekt, der für ein westdeutsches Bundesland auftritt. Neben Bayern verzeichnen das Saarland (+0,4 Prozentpunkte) und Baden-Württemberg (+0,18 Prozentpunkte) positive Effekte. Mit Abstand am ungünstigsten ist der Effekt für Hamburg und Bremen, was erneut darauf hinweist, dass diese beiden Länder in erster Linie mit anderen Kernstädten zu vergleichen sind, in denen sich häufig negative Standorteffekte ergeben (s. u.).

Da der Bundeslandeffekt systematische Einflüsse wiedergibt, die nicht durch die anderen in das Modell aufgenommenen Variablen erklärt werden und alle Kreise des Bundeslandes treffen, gibt es offenbar in Bayern spezifische Faktoren, die sich günstig auf die Beschäftigungsentwicklung auswirken. Auf die Vielzahl möglicher Erklärungsansätze für den Standorteffekt wurde bereits hingewiesen (vgl. Pkt. 3.5). Im Folgenden sollen einige Hinweise auf mögliche bayerische Faktoren gegeben werden, deren Überprüfung und Ergänzung um weitere Punkte allerdings noch aussteht. Exemplarisch werden hier die politische Einflussnahme, in Form der Technologie- und Innovationspolitik, weiche Standortfaktoren sowie die Siedlungsstruktur des Bundeslandes angesprochen. Im Übrigen sind solche Faktoren nicht nur auf Bundeslandebene, sondern auch auf kleinräumiger Ebene, z. B. für Kreise oder Ballungsräume, bei der Erklärung des Standorteffekts zu berücksichtigen (vgl. z. B. Blume/Eickelpasch/Geppert 2003)

Technologie- und Innovationspolitik

Die bayerische Staatsregierung versucht bereits seit den 1950er Jahren mit diversen Programmen die wirtschaftliche Entwicklung des Bundeslandes zu fördern. Auch wenn ein Einfluss wahrscheinlich ist, so kann der tatsächliche Beitrag dieser Politik und der aufgelegten Programme bezüglich der Beschäftigungsentwicklung hier nicht angegeben werden. Dazu bedarf es weiterer Untersuchungen. Im Fall Bayerns käme dabei als ein Ansatzpunkt die Technologie- und Innovationsförderung in Frage. Diese erfuhr im Freistaat in den 1990er Jahren einen Schub und auch eine Richtungsänderung, als mit den aus Privatisierungserlösen zur Verfügung stehenden Geldern in großem Umfang „Zukunftstechnologien“ gefördert wurden. Zum Beispiel die Bio- und Gentechnologie, die Umwelttechnik, neue Werkstoffe, Mechatronik sowie die Informations- und Kommunikationstechnologie. Als Förderprogramme sind insbesondere die „Offensive Zukunft Bayern“ (OZB) (1994-1999) und deren dritter Teil, die „High-Tech-Offensive Bayern“ (seit 2000) zu nennen. Insgesamt wurden für diese Förderprogramme knapp 8,5 Mrd. DM aus der Veräußerung von staatlichen Anteilen an Unternehmen verwendet.¹⁷ Ein wichtiges Merkmal dieser Programme ist, dass Standorte gestärkt werden, an denen bereits die Voraussetzungen zu einer Etablierung Erfolg versprechender Branchen gegeben sind (BayStk 1999; Regierungserklärung 1994 u. 1996). In den geförderten Regionen waren bereits Unternehmen aus den bevorzugten Branchen und/oder die dazu passenden Forschungseinrichtungen oder -projekte vorhanden, auf die aufgebaut werden konnte. Damit griff Bayern die Idee der Ent-

¹⁷ Der Fokus dieser Programme liegt auf der (Weiter-)Entwicklung der genannten Schlüsseltechnologien. Als Schwerpunkt des zweiten Teils der OZB werden aber auch beschäftigungswirksame Maßnahmen und Investitionen in Infrastruktur sowie Soziales genannt. Dementsprechend wurde u. a. ein Arbeitsmarkt- und Sozialfonds eingerichtet (Regierungserklärung 1996).

wicklung von Clustern auf, der räumlichen Konzentration von Unternehmen einer Branche oder einer Wertschöpfungskette sowie unterstützender Institutionen, die gegenwärtig in der „bayerischen Clusterstrategie“ weiter verfolgt wird. Inwiefern die angesprochenen Programme sich bereits im Untersuchungszeitraum im Bundeslandeffekt niederschlagen, ist allerdings offen, da die Wirkung eher mit einer Zeitverzögerung von einigen Jahren auftreten dürfte. Daher sind auch die bereits zuvor initiierten Programme zu berücksichtigen, mit denen Technologieeinführung und Innovation unterstützt wurden (vgl. für einen Überblick Berger 2002).

„Weiche“ Standortfaktoren

Darüber, dass neben „harten“ Standortfaktoren (z. B. Lohnkosten, Verkehrsinfrastruktur, Marktpotenzial) auch „weiche“ Faktoren bei der Standortwahl von Unternehmen bzw. der Entscheidung von Arbeitskräften für einen Arbeitsort eine Rolle spielen, dürfte aufgrund vorliegender Untersuchungen weitgehend Einigkeit bestehen (vgl. Niebuhr/Stiller 2004). Die Liste von möglichen weichen Standortfaktoren ist lang. Das Deutsche Institut für Urbanistik (DIFU) nennt z. B. als unternehmensbezogene weiche Faktoren das Image- und Erscheinungsbild einer Region hinsichtlich seiner Modernität oder auch als traditioneller Standort, vorhandene Netzwerke außerhalb der Unternehmen, eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung bzw. deren Flexibilität, Aktivität und Kompetenz sowie das wirtschaftspolitische Klima. Daneben werden als personenbezogene weiche Faktoren u. a. die Erreichbarkeit anderer attraktiver Räume, wiederum das Image der Region, kulturelle Einrichtungen sowie Naherholungs- und Konsummöglichkeiten oder die Kosten und die Verfügbarkeit von Wohnraum angeführt (vgl. DIFU in Krippendorf 1998: 53f.).

Für eine hohe Lebensqualität Bayerns spricht, dass der Freistaat über ein vergleichsweise großes Angebot an kulturellen Attraktionen und natürlichen Freizeitzielen verfügt, die er seiner geographischen Lage verdankt. Dies zeigt sich in den bereits genannten Kennzahlen aus dem Tourismusbereich (vgl. Pkt. 2.2.1). Gleichzeitig existiert eine gute Anbindung an Ferienzele in Urlaubsländern wie Österreich oder Italien. Beides kann einen Pluspunkt darstellen, wenn es um die Standortwahl von Unternehmen bzw. die Arbeits- und Wohnortwahl von Arbeitskräften geht.

Daneben könnte das Image eines besonders wirtschaftsstarken und wirtschaftsfreundlichen Bundeslandes durch den bereits beschriebenen Aufholprozess der bayerischen Wirtschaft und die überdurchschnittlichen Ergebnisse bei „harten“ Indikatoren, wie dem Wirtschaftswachstum, der Arbeitslosigkeit oder eben dem Beschäftigungswachstum befördert worden sein. Erinnert sei hier außerdem an das oben angeführte Beispiel der Region München, deren Image von Erfolg und Modernität auf ganz Bayern abstrahlt. Möglicherweise spielen auch die zahlreichen Standortrankings und Prognosen zur wirtschaftlichen, technologischen oder demographischen Lage und Entwicklung eine Rolle. Schließlich landen das Bundesland Bayern und seine Regionen in diesen Studien oft auf den vorderen Rängen (vgl. z. B. Bertelsmann Stiftung 2005; Cap Gemini Ernst & Young 2002; IW Consult 2004; Kröhnert/Olst/Klingholz 2004; Prognos 2004¹⁸) und die Ergebnisse werden sowohl durch die Presse weit verbreitet als auch von den verschiedenen regionalen Akteuren zum Standortmarketing genutzt.

¹⁸ Es soll allerdings nicht verschwiegen werden, dass Bayern im Ranking des IW Consult bei der Dynamik „nur“ mittelmäßig abschneidet. Beim „Bestandsranking“ liegt es allerdings zusammen mit Baden-Württemberg an der Spitze. An dieser Stelle soll auch keine Aussage über die methodische Anlage der Studien getroffen werden. Es geht lediglich um den Hinweis, dass es eine Vielzahl solcher Rankings gibt, die eine gewisse Wirkung bei der Öffentlichkeit hinsichtlich des Bilds von bestimmten Ländern, Regionen oder Städten hinterlassen können.

Darüber, ob sich schließlich die bayerische Politik - sei es aufgrund der den C-Parteien grundsätzlich unterstellten wirtschaftsnahen Ausrichtung, durch den persönlichen Einsatz ihrer Repräsentanten oder durch ihre Maßnahmen zum Standortmarketing - für Standortenscheider wirtschaftsfreundlicher als in anderen Ländern darstellt, kann an dieser Stelle abschließend nichts ausgesagt werden. Die Autoren der Bertelsmann-Studie „Die Länder im Standortwettbewerb“ (2005) sehen z. B. die bayerische Politik durchaus als einen Faktor, der zu der günstigen Entwicklung des Bundeslandes einen Beitrag leistete bzw. leistet (Bertelsmann Stiftung 2005).

Die Siedlungsstruktur

Schließlich kann für die Erklärung des Bundeslandeffekts auch das siedlungsstrukturelle Muster einen Beitrag leisten. Bei der Analyse der Kreistypen für Westdeutschland unter Verwendung der BBR-Typisierung erweisen sich die beiden Kernstadttypen, die Kreistypen 1 und 5, als ungünstig. Die übrigen Kreistypen erreichen dagegen positive Werte, am höchsten ist der Koeffizient des Typs 7.

Tabelle 5:

Anzahl der Landkreise und kreisfreien Städte Bayerns nach Regions- und Kreistyp

Regionstyp	Kreistyp	Anzahl der Landkreise und kreisfreien Städte	Koeffizient	Signifikanz
Agglomerationsräume	1 Kernstädte in Agglomerationsräumen	4	-0,83	***
	2 Hochverdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	3	0,36	***
	3 Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	8	0,55	***
	4 Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen	2	0,57	
Verstädterte Räume	5 Kernstädte in Regionen mit verstädterten Räumen	4	-0,66	***
	6 Verdichtete Kreise in Regionen mit verstädterten Räumen	13	0,54	***
	7 Ländliche Kreise in Regionen mit verstädterten Räumen	15	0,93	***
Ländliche Räume	8 Verdichtete Kreise in ländlichen Räumen	33	0,47	***
	9 Ländliche Kreise in ländlichen Räumen	14	0,43	

Signifikanzniveau: * 95 %, ** 99 %, *** 99,9%.

Tabelle 4 zeigt, dass die überwiegende Zahl der 96 bayerischen Kreise zu den Kreistypen gehören, die eine positive Wirkung auf das Beschäftigungswachstum haben, während nur vier Städte zum Kreistyp 1 mit einer stark negativen Wirkung gehören. Andere Bundesländer unterscheiden sich hier deutlich von Bayern. Am auffälligsten ist die Differenz zu Nordrhein-Westfalen, wo 22 von 54 Krei-

sen bzw. Städten zum Kreistyp 1 zählen, dagegen kein einziger Kreis zum Regionstyp „Ländliche Räume“. Dementsprechend ergibt sich in der Summe eine vorteilhafte Siedlungsstruktur für das Bundesland Bayern, die zum hohen Bundeslandeffekt erheblich beiträgt.

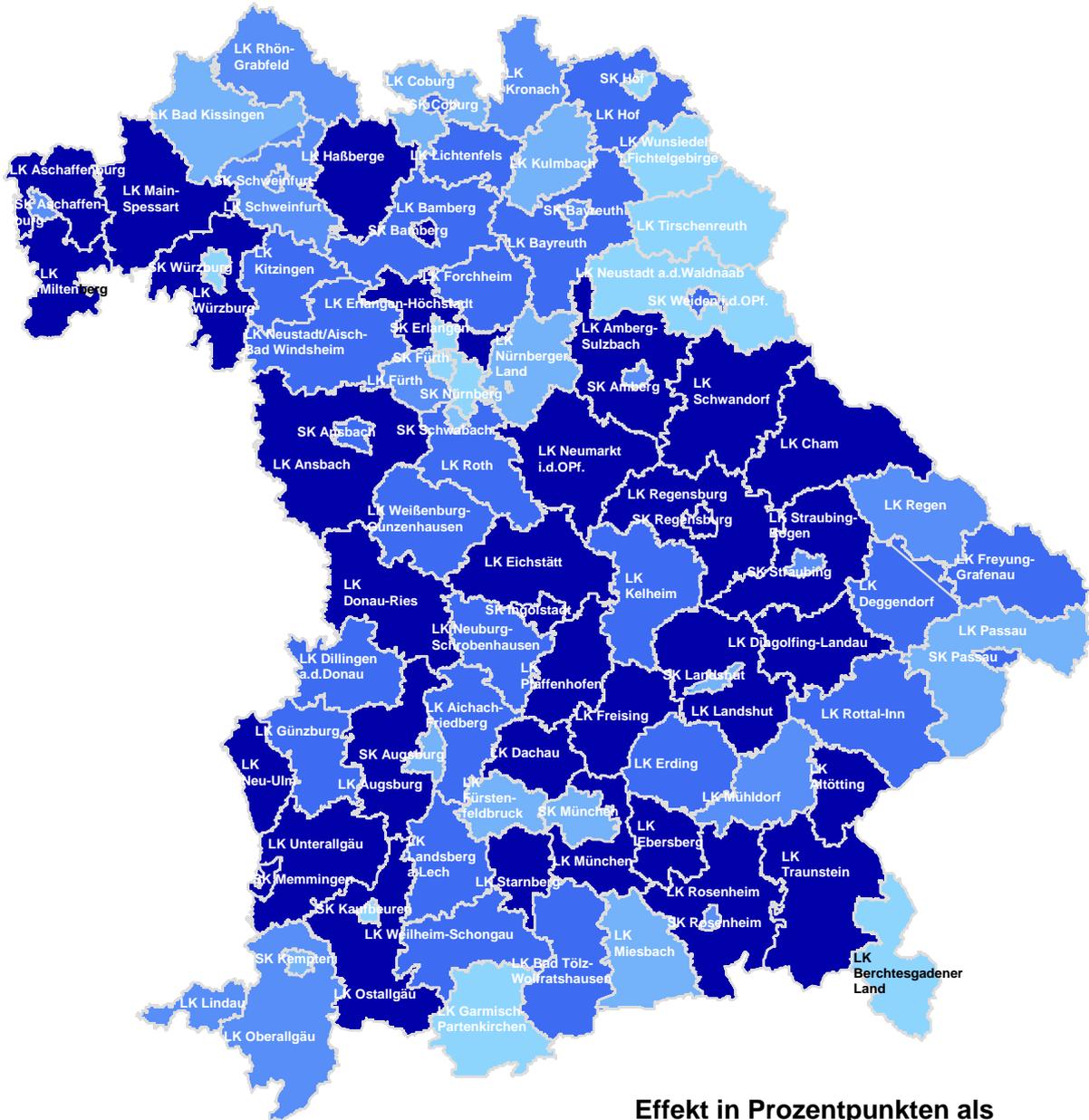
Betrachtet man neben dem Bundeslandeffekt die regionalen Standorteffekte der einzelnen bayerischen Kreise (im Folgenden auch als Kreiseffekte bezeichnet) im Vergleich mit Westdeutschland, findet man eine sehr große Spannweite (vgl. Karte 6). Den positivsten Wert in Bayern und ganz Westdeutschland erreicht mit +5,28 Prozentpunkten der Landkreis Freising. Es folgen Erlangen-Höchststadt (+4,56 Prozentpunkte) und Altötting (+4,31 Prozentpunkte). Damit liegen sie im westdeutschen Vergleich auf den Plätzen zwei und vier. Neben den drei genannten Kreisen sind es vor allem die Kreise im Umland der Landeshauptstadt München sowie des Raums Regensburg und Ingolstadt, die besonders positiv auffallen.

Die stärksten negativen Kreiseffekte ergeben sich dagegen zum einen für die Städte im Ballungsraum Mittelfranken (Erlangen -2,27 Prozentpunkte, Fürth -2,12 Prozentpunkte, Nürnberg -1,82 Prozentpunkte). Zum anderen sind vor allem einige Landkreise in Oberfranken, die Landkreise Garmisch-Partenkirchen und Berchtesgadener Land sowie die kreisfreie Stadt Kaufbeuren betroffen.

Auffällig ist, dass der Standorteffekt in den Kreisen, im Vergleich zu den Werten der anderen Variablen, häufig hohe Werte erreicht. Insofern zeigt die Analyse, dass regionalspezifischen Faktoren für die Entwicklung der Beschäftigung auf kleinräumiger Ebene eine bemerkenswerte Bedeutung zukommt.

Da der Kreiseffekt jeweils spezifische regionale Faktoren beinhaltet, kann an dieser Stelle allerdings nicht näher auf mögliche Ursachen in den 96 bayerischen Landkreisen und kreisfreien Städten eingegangen werden. Zwar bietet sich in einigen Fällen, z. B. für Freising mit der Eröffnung des neuen Münchner Flughafens und der dadurch bedingten Sonderentwicklung, eine Erklärung an. Bei anderen Kreisen sind jedoch oft weniger offensichtliche bzw. mehrere Faktoren zu berücksichtigen, deren Auffinden längere Recherche benötigt, die bisher nur in einigen ausgewählten Fällen erfolgen konnte. Ansätze finden sich in den anschließenden Analysen für die Kreise Freising, mit dem stärksten Beschäftigungswachstum in Bayern, und Wunsiedel im Fichtelgebirge, mit dem stärksten Beschäftigungsrückgang.

**Karte 6:
Regionale Effekte auf Kreisebene in Bayern**



**Effekt in Prozentpunkten als
Abweichung vom Durchschnitt West**

	1,37 bis 5,28	(34)
	0,51 bis 1,36	(25)
	-0,13 bis 0,50	(14)
	-0,77 bis -0,14	(11)
	-2,27 bis -0,78	(12)

4.7 *Der Landkreis Freising*

Der vor den Toren der Landeshauptstadt München gelegene Landkreis Freising verdient hinsichtlich seiner wirtschaftlichen und arbeitsmarktlichen Entwicklung im letzten Jahrzehnt nicht nur in Bayern, sondern auch bundesweit besondere Beachtung. Der Großraum München ist bundesweit eine Hauptzielregion von (v. a. arbeitsplatzmotivierten) Binnenwanderungen, wodurch die regionale Wirtschaft wiederum zusätzliche Wachstumsimpulse erhält, von denen auch Freising profitiert. Der Landkreis verzeichnet neben hohen Beschäftigungsgewinnen auch einen sehr starken Bevölkerungszuwachs. Dabei bietet nicht nur Freising selbst Arbeitsplätze, sondern auch der Ballungsraum München insgesamt, wie die hohe Zahl von Auspendlern dorthin beweist. Die guten Beschäftigungschancen gehen mit der in Deutschland niedrigsten Arbeitslosenquote einher. Im Jahr 2001 überschritt der Bezirk der Arbeitsagentur Freising (Landkreise Freising und Erding) mit einer Arbeitslosenquote von zeitweise nur knapp über 2 % die Schwelle zur Vollbeschäftigung. Aufgrund der Arbeitskräfteknappheit wurden durch Partnerschaften mit Arbeitsagenturen in Ostdeutschland gezielt Arbeitskräfte angeworben. Zwar ist seitdem die Arbeitslosigkeit auch in Freising stark gestiegen, das Niveau ist mit einer Arbeitslosenquote von 4,2 % im Jahr 2004 aber niedrig geblieben.

Das für den Landkreis Freising im Beobachtungszeitraum 1993 bis 2001 ausgewiesene Beschäftigungswachstum von jahresdurchschnittlich 2,68 % ist bundesweit das höchste. Dabei wurde in jedem einzelnen Jahr ein Wachstum erzielt. Das Beschäftigungswachstum liegt auch klar über dem des Kreistyps 3 „Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen“, zu dem Freising gehört. Hauptmotor dieses „Beschäftigungswunders“ ist sicherlich der 1992 eröffnete und mittlerweile erweiterte neue Münchner Flughafen. Von 1994 bis 2003 stieg die Beschäftigtenzahl am Flughafen nach Angaben der Flughafen München GmbH (o. J.) von 15.500 auf mehr als 23.000 und die Zahl der Unternehmen von gut 300 auf 530.

Die entscheidende Rolle des Flughafens spiegelt sich auch in den Ergebnissen wider, die sich bei der Analyse für die einzelnen Variablen des Modells ergaben. Auf der einen Seite stehen zwei negative Effekte für das Lohnniveau und die Betriebsgrößenstruktur. Der negative Lohneffekt mit -0,65 Prozentpunkten wird in Bayern nur vom Landkreis Starnberg übertroffen und ist nicht überraschend, da Freising zu der bereits erwähnten Hochlohnregion um München gehört. Die Nähe zur bayerischen Landeshauptstadt und die stark steigende Beschäftigung dürften dafür gesorgt haben, dass das relative Lohnniveau in Freising deutlich über dem der Kreise desselben Typs liegt. Der mit einem Wert von -0,26 Prozentpunkten ebenfalls negative Betriebsgrößeneffekt beruht auf einem im Landkreis Freising überdurchschnittlichen Anteil von Beschäftigten in größeren Betrieben (54,6 %; 5,04 Prozentpunkte über dem Durchschnitt Westdeutschlands) und entsprechend geringeren Anteilen Beschäftigter in kleineren und mittleren Betrieben. Hier dürfte sich die Rolle des Flughafens als Hauptarbeitgeber bemerkbar machen.

Diesen beiden negativen Effekten stehen die positiven Effekte der drei übrigen im Modell berücksichtigten Variablen gegenüber. Der positive Effekt der Qualifikationsstruktur (+0,07 Prozentpunkte) ist eher gering, wichtiger scheinen die Effekte der Branchenstruktur und der Kreiseffekt.

Der Brancheneffekt beträgt in Freising +0,15 Prozentpunkte. Er resultiert aus dem sehr hohen Anteil der Beschäftigten in der Branche „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“, der auf den Flughafen zurückgeht. Fast ein Viertel der Beschäftigten im Landkreis ist in dieser Branche tätig, für die sich

ein schwach positiver Effekt auf die Beschäftigung nachweisen lässt. In keinem anderen Kreis findet sich ein ähnlich hoher Anteil der Beschäftigten in dieser Branche. In Westdeutschland liegt der Anteil bei 5 %.

Besonders hervorzuheben ist der stark positive Kreiseffekt von +5,28 Prozentpunkten im Vergleich mit Westdeutschland. Dies ist der günstigste Standorteffekt aller westdeutschen Kreise. Auch im Vergleich zum Kreistyp ergibt sich eine stark positive Abweichung von +4,73 Prozentpunkten. Dieser Effekt dürfte vor allem auf die Eröffnung des Flughafens zurückzuführen sein, die eine positive Sonderentwicklung ermöglichte. Nicht zu vernachlässigen ist aber auch die überregionale und sogar weltweite Bedeutung des „Grünen Zentrums“ Weihenstephan mit dem „Wissenschaftszentrum für Ernährung, Landnutzung und Umwelt“ der Technischen Universität München und der Fachhochschule Weihenstephan. Schließlich gehört Freising aufgrund seiner Lage im Umland Münchens zu den Kreisen, für die generell aufgrund der Suburbanisierungstendenzen positive Entwicklungspfade zu beobachten sind, wobei sich Freising von den anderen Kreisen diesen Typs nochmals deutlich positiv abheben kann.

Das außergewöhnlich positive Beschäftigungswachstum des Landkreises Freising ist beispielhaft dafür, wie ein Kreis durch seine Lage in einem dynamischen Agglomerationsraum und eine damit zusammenhängende Standortentscheidung - den Bau des neuen Flughafens - profitieren kann. Gleichzeitig zeigt sich, dass trotz eines relativ hohen Lohnniveaus ein Beschäftigungswachstum erzielt werden kann. Auch für die Zukunft ist eine gute Entwicklung des Kreises wahrscheinlich. Zwar blieb der Arbeitsmarkt Freising von den Auswirkungen der insgesamt schwächeren wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre nicht verschont, doch dürfte die positive Entwicklung des Flughafens, die sich z. B. in der Eröffnung des Terminals 2 im Jahr 2003 widerspiegelt, weiterhin gute Wachstumsperspektiven eröffnen.

4.8 Der Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge

Der oberfränkische Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge war bis zur Wiedervereinigung durch seine Randlage am „Eisernen Vorhang“ im Länderdreieck BRD, DDR und Tschechoslowakei geprägt. Dies änderte sich mit dem Fall der innerdeutschen Grenze und den Entwicklungen in Osteuropa sowie der EU-Osterweiterung. Allerdings scheint dies die Attraktivität der Region bisher nicht entscheidend zu verbessern. Der Landkreis Wunsiedel ist z. B. einer der wenigen Räume in Bayern mit rückläufiger Bevölkerungszahl. Außerdem ist die Region durch eine problematische Branchenstruktur gekennzeichnet. Die wichtigste Branche im Landkreis Wunsiedel ist seit fast 200 Jahren der Bereich Porzellan und Keramik. Unternehmen wie Hutschenreuther, Rosenthal oder Winterling machten die Region zu einem international bekannten Zentrum dieser Industrie (Landkreis Wunsiedel o. J.). Die Porzellanherstellung ist heute noch die wichtigste und größte Branche in der Region, aber gleichzeitig aufgrund der internationalen Konkurrenz schwierigen Anpassungsprozessen unterworfen.¹⁹ Ein Arbeitsplatzabbau war unvermeidlich, auch wenn z. B. in dem Bereich der Technischen Keramik zumindest beim Auslandsumsatz im Jahr 2002 im Vergleich mit dem Vorjahr ein

¹⁹ Ein Beispiel für die Probleme der für die Region so wichtigen Porzellanherstellung ist der Insolvenzantrag der Porzellanfabrik Mitterteich AG im benachbarten Landkreis Tirschenreuth im Jahr 2004 (vgl. BR Online 2004).

Plus verzeichnet wurde. (vgl. StMWVT o. J.: 64f.). Der Anstieg der Arbeitslosigkeit traf die Region hart, da viele ungelernte Arbeitskräfte, vor allem auch Frauen und Ältere, freigesetzt wurden, deren Integrationschancen am Arbeitsmarkt eingeschränkt sind.

Bereits seit den 1980er Jahren ist daher eine Abnahme der Beschäftigungsmöglichkeiten bei einer überdurchschnittlichen Arbeitslosenquote zu registrieren. Auch in den 1990er Jahren stieg die Zahl der Arbeitslosen und von Mitte 2001 bis Mitte 2003 erhöhte sich die Arbeitslosenquote von 12,3 % auf 13,5 %. Ein für Bayern außergewöhnlich hohes Niveau.

Der im VALA-Projekt für den Landkreis Wunsiedel im Beobachtungszeitraum festgestellte Beschäftigungsrückgang von jahresdurchschnittlich 2,58 % ist der höchste in Bayern. In Westdeutschland entwickelten sich nur die Städte Gelsenkirchen (-3,03 %) und Pirmasens (-2,66 %) schlechter. Im Vergleich mit dem Durchschnitt des Kreistyps 8 (Verdichtete Kreise in ländlichen Räumen) mit einem Beschäftigungsrückgang von 0,08 % ist das Ergebnis Wunsiedels ebenfalls stark unterdurchschnittlich.

Von den fünf in die Analyse aufgenommenen erklärenden Variablen hat nur die Betriebsgrößenstruktur einen geringen positiven Effekt auf die Beschäftigungsentwicklung. Da im Landkreis ein unterdurchschnittlicher Anteil der Beschäftigten in größeren Betrieben tätig ist und entsprechend ein überdurchschnittlicher Anteil in kleineren und mittleren Betrieben, errechnet sich ein Effekt von +0,06 Prozentpunkten.

Den geringsten negativen Effekt der vier anderen Variablen hat mit -0,16 Prozentpunkten der Lohn. Auch die Wirkung der Qualifikationsstruktur fällt mit -0,22 Prozentpunkten negativ aus. Besonders ungünstig wirken allerdings die Branchenstruktur und der Kreiseffekt. Der negative Brancheneffekt (-0,82 Prozentpunkte) beruht auf der Dominanz des Verarbeitenden Gewerbes, insbesondere auf der herausragenden Stellung der Branche „Feinkeramik und Glas“, für die sich in der Analyse ein negativer Koeffizient von -1,61 ergibt. Wunsiedel weist hier einen bundesweit einmalig hohen Beschäftigungsanteil von fast 27 % aus. Der durchschnittliche Beschäftigungsanteil dieser Branche in Westdeutschland beträgt lediglich 0,56 %. Daneben sind auch die Branchen „Leder und Textil“ sowie „Gewinnung bzw. Verarbeitung von Steinen“ überdurchschnittlich vertreten, die ebenfalls negativ auf die Beschäftigungsentwicklung wirken. Dagegen kann sich bspw. das Gastgewerbe bisher nicht als Beschäftigungsmotor etablieren. Obwohl die attraktive Urlaubs- und Freizeitregion Fichtelgebirge zum Teil zum Landkreis gehört, ist der Anteil der Beschäftigten in dieser Branche in Wunsiedel unterdurchschnittlich. Eine Ursache hierfür könnte sein, dass sich der Tourismus zu einem Großteil auf Tagesausflügler beschränkt und deswegen nicht besonders beschäftigungsintensiv wirkt.

Mit -1,86 Prozentpunkten fällt der Kreiseffekt Wunsiedels allerdings mehr als doppelt so stark als der Brancheneffekt aus. Hier dürfte u. a. die lange Zeit nachteilige geographische Lage eine Rolle spielen. Es ist zu befürchten, dass sich durch die langjährige Randlage und durch den seit Jahren anhaltenden Beschäftigungsabbau bzw. die hohe Arbeitslosigkeit ein negatives Image entwickelt hat, das nur schwer zu entkräften ist. Insofern scheint es schwierig, den skizzierten Problemen kurzfristig zu begegnen.

Insgesamt ist die negative Entwicklung Wunsiedels mit den genannten Gründen typisch für die als Sorgenkind des Bundeslandes bekannte Region Nordostbayern mit den Kreisen Hof, Tirschenreuth, Bayreuth oder auch Kronach. Diese Entwicklung wurde durch die mit der Wiedervereinigung

Deutschlands einhergehenden Nachfrageeffekte zwar kurzfristig unterbrochen bzw. gebremst, setzte sich aber im Untersuchungszeitraum fort. Die EU-Osterweiterung mit den deutlich niedrigeren Produktionskosten in den Beitrittsländern kann im grenznahen Raum sowohl zunehmende Konkurrenz für die einheimischen Betriebe bedeuten, als auch Verdrängungseffekte durch Arbeitnehmer (Grenzpendler) nach sich ziehen. Es ist möglich, dass sich die problematische Lage am Arbeitsmarkt in Nordostbayern durch den fortschreitenden wirtschaftlichen Strukturwandel und die politischen Veränderungen zunächst sogar noch verschärft. Langfristig könnten die vom Landkreis Wunsiedel genannten Standortvorteile - u. a. die Lage als Schnittstelle zwischen Mittel- und Osteuropa und die Investitionsförderung (vgl. Landkreis Wunsiedel o. J.) - oder die Perspektiven, die in Bereichen wie der „Technischen Keramik“ und den „Neuen Materialien“ vorhanden sind, die Chance eröffnen, auf einen besseren Entwicklungspfad zu gelangen.

5 Zusammenfassung

Die vorliegende Studie beschäftigt sich mit der Erklärung des unterschiedlichen Beschäftigungswachstums in Deutschland. Ausgangspunkt waren die erheblichen Disparitäten, die innerhalb Deutschlands bestehen. Als erklärende Variablen für das Beschäftigungswachstum wurden die Branchenstruktur, die Betriebsgrößenstruktur, die Qualifikationsstruktur, das Lohnniveau und ein regionaler Standorteffekt berücksichtigt. Dieser reflektiert spezifische regionale Bedingungen, die das Beschäftigungswachstum beeinflussen. In diesem Bericht wurden die Ergebnisse für das Bundesland Bayern sowie seine Kreise und kreisfreien Städte präsentiert.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Freistaats Bayern verlief in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts insgesamt sehr günstig. Der Strukturwandel von einem lange landwirtschaftlich geprägten Land hin zu einem modernen Industrie- und Dienstleistungsstandort mit einer diversifizierten, exportstarken Wirtschaft ist gelungen. Bei Indikatoren wie dem Wirtschaftswachstum und der Arbeitslosenquote weist Bayern seit einigen Jahren im Vergleich mit dem Bund und den meisten Bundesländern in der Regel bessere Werte auf.

Auch die Beschäftigungsentwicklung in Bayern verlief im Untersuchungszeitraum von 1993 bis 2001 besser als in Westdeutschland und den anderen westdeutschen Ländern. Die Beschäftigung nahm in Bayern im Durchschnitt pro Jahr um 0,15 % zu, während sie im gleichen Zeitraum in Westdeutschland um durchschnittlich 0,19 % zurückging. Auch die Mehrzahl der bayerischen Kreise verzeichnete einen Beschäftigungszuwachs. Im westdeutschen Vergleich gehören mehrere bayerische Kreise zu den wachstumsstärksten. Der Landkreis Freising ist sogar „Spitzenreiter“. Allerdings gab es auch im Freistaat Kreise mit einem deutlichen Beschäftigungsrückgang, vor allem in Nordostbayern. Gut nachvollziehen lässt sich anhand der Ergebnisse der Trend zur Suburbanisierung der Beschäftigung. Beschäftigungsverluste der Kernstädte stehen oft Beschäftigungsgewinne in den Umlandkreisen gegenüber.

Für Bayern ergibt sich ein starker positiver Standorteffekt. Das heißt, dass spezifische bayerische Faktoren erheblich zu der positiven Beschäftigungsentwicklung beigetragen haben. Hinter diesem Standorteffekt können sich verschiedene Bedingungskonstellationen verbergen. Eine mögliche Erklärung sind wirtschafts- und technologiepolitische Programme, in jüngster Zeit symbolisiert durch die

Technologie- und Innovationsförderung im Rahmen der „Offensive Zukunft Bayern“ bzw. der „High-Tech-Offensive“. Daneben kommen auch so genannte „weiche“ Standortfaktoren in Frage. Eine Möglichkeit ist hier, dass die hohe Lebensqualität in Bayern - u. a. abgebildet durch die Spitzenstellung Bayerns bei Daten aus dem Tourismusbereich - einen Beitrag zum Standorteffekt leistet. Denkbar ist, dass sich Bayern hinsichtlich seines Images als wirtschaftsfreundlicher Standort von anderen Bundesländern positiv abhebt. Auch die vergleichsweise günstige Siedlungsstruktur des Bundeslandes kann zum positiven Standorteffekt beitragen. In Bayern finden sich vergleichsweise viele Kreise, die Kreistypen mit Beschäftigungsgewinnen angehören. Generell gilt, dass es sich bei den genannten Faktoren um Ansatzpunkte zur Erklärung des positiven Standorteffekts handelt. Der tatsächliche Beitrag dieser und anderer möglicher Faktoren muss noch genauer geklärt werden, bevor ihnen mit größerer Sicherheit ein positiver Beitrag zugeschrieben werden kann.

Für die anderen erklärenden Variablen ergeben sich in der Analyse geringere Werte als für den Standorteffekt. Der Effekt der Branchenstruktur fällt leicht negativ aus. Bayern konnte dabei vergleichsweise wenig von der Wachstumsdynamik der Branche „Vorwiegend wirtschaftsbezogene Dienstleistungen“ profitieren, da diese im Bundesland leicht unterdurchschnittlich vertreten ist. Insgesamt unterscheidet sich der Branchenmix Bayerns nur geringfügig von der Struktur in Westdeutschland. Ungünstig auf das Beschäftigungswachstum wirkte auch das überdurchschnittliche Lohnniveau, das vor allem von der Hochlohnregion um München verursacht wird. Der Effekt ist allerdings gering. Ein sehr geringer, aber positiver Effekt errechnet sich dagegen für die Qualifikationsstruktur, da sich der Anteil der hoch qualifizierten Beschäftigten minimal über dem westdeutschen Durchschnitt bewegt und somit die positive Wirkung dieser Qualifikationsgruppe zum Tragen kommt. Bei der Betriebsgrößenstruktur sind die Unterschiede zwischen Bayern und Westdeutschland so gering, dass der errechnete Wert bei null lag. Weder die allgemeinen Beschäftigungsverluste bei größeren Betrieben, noch die Gewinne bei kleineren und mittleren Betrieben schlagen durch.

Auf Kreisebene fallen bei fast allen Effekten mehr oder minder deutliche räumliche Muster auf. Die Branchenstruktur wirkt vor allem in den Kernstädten positiv. Hier stechen die Werte Erlangens und Münchens hervor. Zurückzuführen ist dies in erster Linie darauf, dass in größeren Städten aufgrund ihrer Zentrumsfunktion Dienstleistungsbranchen stärker als in den anderen Kreistypen vertreten sind. In Einzelfällen sorgt auch die Dominanz der Branche „Fahrzeugbau“ für einen relativ starken positiven Brancheneffekt. Besonders negative Brancheneffekte ergeben sich insbesondere für Kreise Nordostbayerns mit problematischen (alt-)industriellen Strukturen. Traditionsreiche aber schrumpfende Branchen wie „Feinkeramik und Glas“ oder „Leder und Textil“ wirken sich dort negativ aus.

Der Qualifikationseffekt ist auf Kreisebene oft negativ, aber meist relativ gering. Nur wenige Kreise bzw. Städte weisen einen überdurchschnittlichen Anteil hoch qualifizierter Beschäftigter auf und können von der starken positiven Wirkung, die diese auf das Beschäftigungswachstum ausüben, profitieren. Umso auffälliger sind daher die positiven Werte der Stadt Erlangen, der Landeshauptstadt München und des Landkreises München. Aufgrund der dort weit überdurchschnittlichen Anteile hoch qualifizierter Beschäftigter errechnen sich, im Vergleich mit den anderen Städten und Kreisen Westdeutschlands, sehr günstige Werte. Generell finden sich die wenigen positiven Qualifikationseffekte in den Städten bzw. im Ballungsraum München und spiegeln damit auch ansatzweise die funktionale Arbeitsteilung zwischen Agglomerationen und ländlichen Gebieten wider.

Beim Lohneffekt zeigt sich tendenziell ein zur Beschäftigungsentwicklung inverses Muster mit positiven Lohneffekten, d. h. vergleichsweise niedrigem Lohnniveau, in Regionen mit Beschäftigungsrückgang, z. B. in Oberfranken, und negativen Lohneffekten in Kreisen mit einer Zunahme der Beschäftigung, wie in Oberbayern. Dies bestätigt zum einen den von der Lohnkurve implizierten Zusammenhang, nach dem in Regionen mit hoher Arbeitslosenquote die Löhne eher niedriger sind, während sie in Regionen mit niedriger Arbeitslosenquote eher überdurchschnittlich sind. Zum anderen zeigt sich, dass trotz vergleichsweise hoher Löhne ein Beschäftigungswachstum möglich ist, da in einer prosperierenden Region wie München die relativ hohen Löhne durch andere vorteilhafte Strukturen und Standortbedingungen mehr als ausgeglichen werden.

Die Betriebsgrößenstruktur wirkt in der Mehrzahl der bayerischen Kreise aufgrund der mittelständischen Prägung positiv, allerdings ist der Effekt in der Regel nicht besonders stark. Die zumeist negativen Effekte in den Kernstädten resultieren aus den dort vorherrschenden großen Betriebseinheiten, z. B. Zentralen bzw. Verwaltungen von Unternehmen. Diese profitieren in stärkerem Umfang von Agglomerationsvorteilen und sind daher trotz der Suburbanisierungstendenzen nach wie vor in den Kernstädten angesiedelt. Darüber hinaus gibt es vereinzelt Kreise außerhalb der Ballungsräume, in denen sich die Dominanz eines großen Arbeitsgebers im negativen Betriebsgrößeneffekt niederschlägt.

Der regionale Standorteffect nimmt auch auf der Ebene der bayerischen Kreise oftmals relativ hohe Werte an. Ungünstige Effekte ergeben sich in Nordostbayern, aber z. B. auch im mittelfränkischen Ballungsraum. Ebenfalls betroffen sind die als Fremdenverkehrsorte bekannten Kreise Garmisch-Partenkirchen und Berchtesgadener Land. Positiv fällt der Standorteffect dagegen u. a. in vielen Gebieten Oberbayerns sowie im mittelfränkischen Kreis Erlangen-Höchstadt und im Raum Regensburg aus. Da zur Aufklärung dieses Effekts jeweils eine genauere Untersuchung kleinräumiger regionaler Gegebenheiten notwendig ist, konnte dies im Rahmen dieses Berichtes nur beispielhaft für den Kreis Freising, mit der besten Beschäftigungsentwicklung, und den Kreis Wunsiedel, mit der ungünstigsten Beschäftigungsentwicklung, geleistet werden.

Die Analyse zeigt, dass Standorteffecte sehr bedeutend für die regionale Entwicklung sind. Dementsprechend können sie auch einen wichtigen Ansatzpunkt zur Einflussnahme darstellen. Dazu müssen sowohl auf der Bundeslandebene als auch auf der Ebene von Regionen und Kreisen die regionalen Standortfaktoren noch genauer bestimmt und ihre Auswirkungen identifiziert werden. Daraus ergeben sich Anknüpfungspunkte für differenzierte lokale Förderkonzepte, die zur Stärkung bereits bestehender positiver Standortfaktoren beitragen bzw. negativ wirkende Bedingungskonstellationen aufbrechen können. Hier bietet vor allem die vergleichende Perspektive wichtige neue Einblicke. Gefragt sind dabei Geduld und die Bereitschaft zu kontinuierlichen Bemühungen, da nur so (pfadabhängige) lokale Bedingungen beeinflusst werden können.

Darüber sollten aber auch andere strukturelle Größen, die laut Modell der Beschäftigungsentwicklung zugrunde liegen, nicht vernachlässigt werden. Einen Ansatzpunkt stellt hier das Qualifikationsniveau dar. Die Analyse zeigt deutlich die außerordentlich positive Wirkung der Hochqualifizierten auf die Beschäftigung. Dies untermauert den auch aus anderen Studien abgeleiteten Hinweis, auf die Qualifizierung bzw. die Qualifikationsmöglichkeiten und die Bildungschancen der Menschen besonderen Wert zu legen. Für Bayern könnte dies z. B. bedeuten, die schwierige Aufgabe anzugehen, mehr junge Menschen, als dies heute der Fall ist, zur Hochschulreife zu führen, ohne dabei das Ni-

veau der Abschlüsse zu senken. Wenn es gleichzeitig gelänge, auch in Regionen, in denen es bisher nur wenige Beschäftigungsmöglichkeiten für Hochqualifizierte gibt, solche Arbeitsplätze zu schaffen, dürfte dies insgesamt positive Impulse setzen (vgl. z. B. Alecke 2001: 243f.; Bertelsmann Stiftung 2005: 78f.).

Wichtig ist in diesem Zusammenhang außerdem, die Anwendung und Umsetzung von Wissen zu forcieren. Dies kann auch mit der Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen in Verbindung gebracht werden, für die die Analyse eine positive Wirkung auf die Beschäftigung aufzeigt. So könnten Technologietransfereinrichtungen sowie Kooperationen zwischen Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft dafür sorgen, dass solche Unternehmen noch stärker von der „Wissensproduktion“ profitieren und dadurch ihre wichtige Rolle im Strukturwandel und Beschäftigungsaufbau ausbauen.

Bei der Branchenstruktur profitierte Bayern in der Vergangenheit von einem vielfältigen und exportstarken Branchenmix, der es vom Erfolg eines einzelnen Wirtschaftszweigs unabhängig macht. Diese Struktur dürfte auch in Zukunft vorteilhaft sein. Potenzial weist in Bayern noch der sehr dynamische Bereich der wirtschaftsnahen Dienstleistungen auf, wofür die starke industrielle Basis eine gute Grundlage darstellt. Sicherlich sind wiederum die wissensintensiven Dienstleistungen, die den Einsatz (hoch-)qualifizierter Beschäftigter erfordern, besonders zukunftsträchtig. Aber auch die Beschäftigungswirkungen, die sich für Niedrigqualifizierte in dieser breit gefächerten Branche ergeben, sind nicht zu unterschätzen.

Gleichwohl dürfen die Regionen, die durch einen eher altindustriellen, traditionellen Branchenmix gekennzeichnet sind, nicht aus dem Blick geraten. Auch in diesen Branchen können sich Teilbereiche finden, die (international) konkurrenzfähig sind. Unterstützt durch die Investition in passend qualifiziertes Personal und Infrastruktur (s. o.), können solche Unternehmen einen Beitrag leisten, schmerzhaft Anpassungsprozesse durchzustehen und perspektivisch Chancen für die Region zu eröffnen.

Anhang

Tabelle A1:
Durchschnittliche Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung 1993 – 2001
in den westdeutschen Bundesländern und Abweichung der Beschäftigungsdeterminanten
vom Durchschnitt West

Bundesland	Beschäftigungs-entwicklung ¹	Standort-effekt ²	Branchen-effekt ²	Lohneffekt ²	Qualifikations-effekt ²	Betriebs-größeneffekt ²
Baden-Württemberg	-0,21	0,18	-0,07	-0,14	0,09	-0,05
Bayern	0,15	0,53	-0,04	-0,07	0,03	0,00
Bremen	-1,00	-1,72	0,41	0,22	0,13	-0,25
Hamburg	-0,38	-0,70	0,81	-0,24	0,25	-0,33
Hessen	-0,19	-0,25	0,29	-0,0,5	0,18	-0,11
Niedersachsen	-0,13	-0,32	-0,03	0,15	-0,13	0,16
Nordrhein-Westfalen	-0,37	-0,07	-0,12	0,0,8	0,02	-0,07
Rheinland-Pfalz	-0,24	-0,05	-0,25	0,13	-0,11	0,10
Saarland	0,07	0,40	-0,17	0,61	-0,10	-0,18
Schleswig-Holstein	-0,22	-0,33	0,08	0,05	-0,14	0,37

¹ Angaben in Prozent. ² Angaben in Prozentpunkten.

Tabelle A2:
Durchschnittliche Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung 1993 – 2001
in den bayerischen Kreisen und Abweichung der Beschäftigungsdeterminanten vom Durch-
schnitt West

Landkreis/kreisfreie Stadt	Beschäftigungs-entwicklung ¹	Standort-effekt ²	Branchen-effekt ²	Lohneffekt ²	Qualifikations-effekt ²	Betriebs-größeneffekt ²
Ingolstadt, Stadt	1,62	3,49	0,64	-0,37	0,02	-0,75
München, Landeshauptstadt	0,01	-0,72	1,05	-0,27	0,73	-0,58
Rosenheim, Stadt	-0,14	-0,02	0,06	-0,20	-0,09	0,21
Altötting	0,38	4,31	-1,15	-0,32	-0,15	-0,21
Berchtesgadener Land	-1,29	-1,73	-0,17	-0,14	-0,27	0,86
Bad Tölz-Wolfratshausen	0,16	1,11	-0,19	-0,61	-0,13	0,65
Dachau	1,64	1,71	-0,01	-0,35	-0,04	0,63
Ebersberg	1,82	2,31	-0,02	-0,52	0,02	0,56
Eichstätt	2,23	2,79	-0,79	-0,17	-0,19	0,69
Erding	0,82	1,34	-0,33	-0,45	-0,29	0,53
Freising	2,68	5,28	0,15	-0,65	0,07	-0,26
Fürstenfeldbruck	-0,12	-0,31	-0,01	-0,08	-0,03	0,71
Garmisch-Partenkirchen	-1,16	-1,80	0,16	-0,05	-0,24	0,68
Landsberg am Lech	1,33	1,36	-0,20	-0,18	-0,10	0,38
Miesbach	0,06	-0,22	-0,07	-0,49	-0,25	0,79
Mühlendorf a. Inn	0,03	0,46	-0,70	-0,30	-0,26	0,57
München	2,62	2,45	0,44	-0,50	0,71	0,08
Neuburg-Schrobenhausen	0,20	1,15	-1,06	-0,19	-0,16	0,25
Pfaffenhofen a. d. Ilm	1,37	2,50	-0,59	-0,64	-0,26	0,24
Rosenheim	0,91	1,59	-0,31	-0,44	-0,22	0,49
Starnberg	1,35	1,48	0,39	-0,71	0,35	0,27
Traunstein	0,21	1,44	-0,47	-0,15	-0,19	0,44
Weilheim-Schongau	0,37	1,36	-0,46	-0,59	-0,20	0,19
Landshut, Stadt	-0,66	-0,36	0,33	-0,09	-0,15	-0,15
Passau, Stadt	-0,20	0,66	0,08	0,03	-0,12	0,03
Straubing, Stadt	0,68	0,39	0,11	0,07	-0,27	0,25
Deggendorf	0,23	1,31	-0,80	0,08	-0,29	0,18
Freyung-Grafenau	-0,08	0,80	-0,88	0,04	-0,26	0,31
Kelheim	0,08	0,82	-0,58	-0,24	-0,23	0,28
Landshut	1,32	2,01	-0,81	-0,25	-0,29	0,31

Landkreis/kreisfreie Stadt	Beschäftigungs-entwicklung ¹	Standort-effekt ²	Branchen-effekt ²	Lohneffekt ²	Qualifikations-effekt ²	Betriebs-größeneffekt ²
Passau	-0,42	-0,67	-0,58	0,42	-0,27	0,61
Regen	-0,16	0,41	-0,54	0,11	-0,29	0,47
Rottal-Inn	0,09	1,36	-0,94	0,18	-0,34	0,67
Straubing-Bogen	1,18	1,72	-0,80	0,40	-0,33	0,45
Dingolfing-Landau	1,62	2,73	0,48	-0,02	-0,41	-0,76
Amberg, Stadt	-1,13	0,17	-0,01	0,03	-0,16	-0,21
Regensburg, Stadt	0,85	2,14	0,49	0,08	0,12	-0,31
Weiden i. d. Opf., Stadt	-0,36	1,14	-0,25	0,03	-0,32	0,24
Amberg-Sulzbach	1,73	2,78	-0,84	0,03	-0,37	0,22
Cham	0,82	1,71	-0,87	0,37	-0,37	0,40
Neumarkt i. d. Opf.	0,42	1,51	-0,88	-0,27	-0,29	0,12
Neustadt a.d.Waldnaab	-1,16	-1,36	-0,75	-0,01	-0,29	0,07
Regensburg	1,63	2,66	-0,51	-0,01	-0,36	0,58
Schwandorf	1,19	2,01	-0,55	-0,01	-0,38	0,29
Tirschenreuth	-2,09	-1,22	-1,16	0,03	-0,35	0,34
Bamberg, Stadt	-0,17	2,04	-0,08	0,25	-0,15	-0,25
Bayreuth, Stadt	0,03	-0,10	-0,02	-0,11	-0,15	0,10
Coburg, Stadt	-0,21	0,68	0,42	0,40	-0,18	-0,28
Hof, Stadt	-1,43	-1,39	-0,97	0,29	-0,32	0,46
Bamberg	0,94	1,23	-1,09	0,48	-0,41	0,64
Bayreuth	-1,27	0,54	-1,13	0,11	-0,39	0,26
Coburg	-1,16	-0,44	-1,38	0,39	-0,29	0,10
Forchheim	0,13	1,30	-0,45	0,21	-0,21	0,24
Hof	-2,13	0,99	-2,02	0,46	-0,27	0,28
Kronach	-1,36	-0,05	-0,83	0,21	-0,23	0,31
Kulmbach	-1,79	-0,53	-1,22	0,23	-0,33	0,29
Lichtenfels	-1,08	0,65	-0,97	0,21	-0,32	-0,22
Wunsiedel i. Fichtelgebirge	-2,58	-1,86	-0,82	-0,16	-0,22	0,06
Ansbach, Stadt	0,26	0,79	0,11	0,14	-0,24	0,11
Erlangen, Stadt	-0,01	-2,27	0,88	0,35	1,26	-0,90
Fürth, Stadt	-0,67	-2,12	0,25	0,26	0,08	-0,20
Nürnberg, Stadt	-1,14	-1,82	0,65	0,18	0,16	-0,41
Schwabach, Stadt	-0,78	-1,88	-0,06	0,28	-0,23	0,48
Ansbach	0,67	1,55	-1,01	0,14	-0,33	0,46
Erlangen-Höchststadt	2,07	4,56	-0,86	0,11	-0,07	-0,14
Fürth	0,36	0,16	-0,37	0,39	-0,22	0,79
Nürnberger Land	-0,36	-0,15	-0,31	0,07	-0,16	0,10
Neustadt a. d. A.-Bad Windsheim	0,48	0,65	-0,77	-0,03	-0,36	0,74
Roth	0,75	1,08	-0,64	0,24	-0,30	0,65
Weißenburg-Gunzenhausen	-0,50	0,61	-0,62	-0,24	-0,23	0,21
Aschaffenburg, Stadt	-0,01	-0,06	0,39	0,05	-0,08	-0,12
Schweinfurt, Stadt	0,09	-0,13	0,34	0,03	-0,03	-0,63
Würzburg, Stadt	-0,95	-0,81	0,40	0,16	0,01	-0,17
Aschaffenburg	0,65	2,04	-0,85	-0,16	-0,21	0,27
Bad Kissingen	-0,72	-0,77	-0,14	0,01	-0,38	0,41
Rhön-Grabfeld	-0,18	0,21	-0,33	0,12	-0,29	0,22
Haßberge	1,25	1,99	-0,72	-0,02	-0,37	0,16
Kitzingen	0,64	0,93	-0,71	0,29	-0,28	0,26
Miltenberg	-0,27	1,73	-1,18	-0,02	-0,29	0,10
Main-Spessart	0,55	2,07	-0,62	0,00	-0,25	0,05
Schweinfurt	0,91	0,25	-0,53	0,21	-0,34	0,89
Würzburg	1,79	2,23	-0,45	0,23	-0,35	0,71
Augsburg, Stadt	-0,72	-0,52	0,26	-0,06	0,11	-0,38
Kaufbeuren, Stadt	-1,82	-1,92	-0,23	0,02	-0,24	0,48
Kempton (Allgäu), Stadt	-0,33	-0,50	0,25	-0,18	-0,16	0,28
Memmingen, Stadt	0,38	1,46	-0,14	0,09	-0,27	-0,08
Aichach-Friedberg	-0,10	0,85	-0,55	-0,01	-0,23	0,56

Landkreis/kreisfreie Stadt	Beschäftigungs-entwicklung ¹	Standort-effekt ²	Branchen-effekt ²	Lohneffekt ²	Qualifikations-effekt ²	Betriebs-größeneffekt ²
Augsburg	0,47	1,76	-0,72	-0,12	-0,26	0,49
Dillingen a. d. Donau	0,16	0,91	-0,71	-0,01	-0,30	0,36
Günzburg	0,38	1,07	-0,35	0,15	-0,19	0,00
Neu-Ulm	-0,09	1,82	-0,48	-0,30	-0,16	-0,05
Lindau (Bodensee)	-0,17	0,32	-0,38	-0,03	-0,09	0,18
Ostallgäu	0,64	1,43	-0,61	-0,02	-0,33	0,44
Unterallgäu	0,42	1,87	-0,84	-0,09	-0,33	0,42
Donau-Ries	0,82	1,99	-0,60	-0,05	-0,25	0,03
Oberallgäu	-0,30	-0,09	-0,40	0,06	-0,30	0,55

¹ Angaben in Prozent. ² Angaben in Prozentpunkten.

Literaturverzeichnis

- Acemoglu, Daron (2002): Technical Change, Inequality and the Labour Market. In: Journal of Economic Literature, Vol. 40, H. 1, S. 7-72.
- Alecke, Björn/Hofmann, Herbert/Meier, Volker/Riedel, Jürgen/Scharr, Frank/Untied, Gerhard/Wreding, Martin (2001): Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Bayern. Studie im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Technologie, München.
- Allianz (2004): Vor 50 Jahren: Die Allianz zieht nach München. URL: <http://www.allianzgroup.com/azgrp/dp/cda/0,,572936-49,00.html>; Zugriff am 8.8.2005.
- Appelbaum, Eileen/Schettkat, Roland (1999): Are Prices Unimportant? In: Journal of Post-Keynesian Economics, Vol. 21, H. 3, S. 387-398.
- Badinger, Harald/Tondl, Gabriele (2005): The factors behind European regional growth: Trade, human capital and innovation. In: Jahrbuch für Regionalwissenschaft, Bd. 25, H. 1, S. 67-89.
- Barjak, Franz (2001): Arbeitsmarktentwicklung an der früheren innerdeutschen Grenze. Was folgt daraus für die Regionen an den EU-Ostgrenzen? In: Wirtschaft im Wandel, H. 4, S. 75-81.
- [Bayerisches Landesamt] Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (2004): Statistisches Jahrbuch für Bayern 2004, München.
- [BayStk] Bayerische Staatskanzlei (1999): Arbeits- und Lebensperspektiven für das 21. Jahrhundert. Regierungserklärung des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber zur High-Tech-Offensive Bayern am 12. Oktober 1999.
- [BBR] Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2001): Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden. Ausgabe 2000, Bonn.
- Bellmann, Lutz/Blien, Uwe (1997): Lohnhöhe, Arbeitslosigkeit und Betriebsgröße. Eine Längsschnittanalyse mit dem IAB-Betriebspanel 1993-1995. In: Kühl, Jürgen/Lahner, Manfred/Wagner, Joachim (Hrsg.): Die Nachfrageseite des Arbeitsmarktes. Ergebnisse aus Analysen mit deutschen Firmenpaneldaten. Referate der wissenschaftlichen Tagung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit am 30. September und 1. Oktober 1996 in Nürnberg. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 204, Nürnberg, S. 255-273.
- Berger, Christiane (2002): Technologie- und Innovationspolitik in Bayern. WSI-Diskussionspapier Nr. 105.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2005): Die Bundesländer im Standortwettbewerb. Länderanalyse Bayern. Download als PDF-File unter URL: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F0A-9B059104/stiftung/hs.xsl/4211_31791.html; Zugriff am 15.8.2005.

- Biehler, Hermann/Genosko, Joachim/Sargl, Manfred/Sträter, Detlev (2003): Standort München - Medienwirtschaft und Fahrzeugbau. Regionale Netzwerke und regionaler Arbeitsmarkt als Erfolgsfaktoren, Marburg: Schüren.
- Blien, Uwe (Hrsg.) (2003): Die Entwicklung der ostdeutschen Regionen. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 267, Nürnberg.
- Blien, Uwe (1993): Arbeitsmarktprobleme industrieller Monostrukturen. Das Beispiel der Region Schweinfurt. In: Raumforschung und Raumordnung, 51. Jg., H. 6, S. 347-356.
- Blien, Uwe/Maierhofer, Erich/Vollkommer, Dieter/Wolf, Katja (2003): Einflussfaktoren der Entwicklung ostdeutscher Regionen. Theorie, Daten, Deskriptionen und quantitative Analysen. In: Blien, Uwe (Hrsg.), S. 67-254.
- Blume, Lorenz/Eickelpasch, Alexander/Geppert, Kurt (2003): Einzelfallstudien ausgewählter Regionen. In: Blien, Uwe (Hrsg.), S. 255-359.
- [BMBF] Bundesministerium für Bildung und Forschung (2005): Forschung und Innovation in Deutschland 2005. Fortschreibung der Daten und Fakten des Bundesberichts Forschung 2004, Bonn/Berlin.
- BR Online (2004): Insolvenzantrag. 420 Jobs in Porzellanfabrik Mitterteich gefährdet. URL: <http://www.br-net.de/bayern-heute/artikel/0408/31-porzellanfabrik/index.xml>; Stand: 31.8.2004; Zugriff am 15.8.2005.
- Cap Gemini Ernst & Young (2002): Studie Standortattraktivität. Die Unternehmerfreundlichkeit der Bundesländer im Vergleich. Kurzfassung.
- [DPMA] Deutsches Patent- und Markenamt (Hrsg.) (2005): Jahresbericht 2004, Wolzrach.
- Flughafen München GmbH (o. J.): Wirtschaftsfaktor Flughafen München. URL: <http://www.munich-airport.de/DE/Areas/Company/Daten/Wirtschaftsfaktor/index.html>; Zugriff am 15.8.2005.
- Franz, Wolfgang (2003): Arbeitsmarktökonomik. 3. überarbeitete Auflage, Berlin: Springer.
- Geppert, Kurt/Gornig, Martin (2003): Die Renaissance der Städte – und die Chancen Berlins. In: DIW-Wochenbericht, Nr. 26.
- Hirsch-Kreinsen, Hartmut (1995): Dezentralisierung: Unternehmen zwischen Stabilität und Desintegration. In: Zeitschrift für Soziologie, 24. Jg., H. 6, S. 422-435.
- [IW Consult] Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH (2004): Bundesländer-Ranking. Bundesländer im Vergleich: Wer wirtschaftet am besten? Studie der IW Consult GmbH und GWS GmbH in Zusammenarbeit mit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und der Wirtschaftswoche, Köln.
- Irmen, Eleonore/Blach, Antonia (1994): Räumlicher Strukturwandel. Konzentration, Dekonzentration und Dispersion. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 7/8, S. 445-464.

- Kock, Peter Jakob (1994): Bayern nach dem zweiten Weltkrieg. In: Treml, Manfred (Hrsg.), S. 375-497.
- Koll, Robert/Deutsch, Susanne (1995): Wachstumszentren in Bayern: Rückkehr zu räumlichen Entwicklungsmustern früherer Jahre. In: Ifo-Schnelldienst, 48. Jg., H. 23, S. 25-35.
- Koll, Robert/Kiemer, Klaus (1994): Wachstumszentren in Bayern: Rückkehr zu bekannten räumlichen Entwicklungsmustern? In: Ifo-Schnelldienst, 47. Jg., H. 22, S. 16-27.
- Koll, Robert/Nam, Chang Woon/Kiemer, Klaus (1997): Dienstleistungsstandort Bayern. Ifo-Studien zur Regional- und Stadtökonomie 10, München.
- Koll, Robert/Pilgrim, Eberhard von (1991a): Bayerns Wirtschaft: was kommt nach dem Aufholprozeß? In: Ifo-Schnelldienst, 44. Jg., H. 31, S. 9-18.
- Koll, Robert/Pilgrim, Eberhard von (1991b): Entwicklungsperspektiven der bayerischen Wirtschaft – Wege zur Sicherung und Stärkung der Wirtschaftskraft Bayerns. Ifo-Studien zur Regional- und Stadtökonomie 1, München.
- Krippendorf, Walter (1998): Anforderungen und Probleme integrierter Standortentwicklung im ländlichen Raum am Beispiel des Raumes Schweinfurt 1997/1998. Abschlußbericht des Projektes Integrierte Standortpolitik im ländlichen Raum. Neue Ansätze von Industrie-, Arbeitsmarkt- und Betriebspolitik sowie ihre Vernetzung im Raum Schweinfurt. Gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung, München.
- Kröhnert, Steffen/Olst, Nienke van/Klingholz, Reiner (2004): Deutschland 2020. Die demografische Zukunft der Nation. 2. überarbeitete Auflage, hrsg. v. Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung.
- Krugman, Paul (1991): Geography and Trade, Cambridge/Massachusetts: MIT Press.
- Kulke, Elmar (2004): Wirtschaftsgeographie, Paderborn/München/Wien/Zürich: Ferdinand Schöningh.
- Landkreis Wunsiedel (o. J.): Wirtschaft, Verkehr. Wirtschaftsstandort Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge – Top in Bayern. URL: <http://www.landkreis-wunsiedel.de/frameset.asp?breite=1024>; Zugriff am 15.8.2005.
- Langmantel, Erich (2004): Der Beitrag von Industrie und Dienstleistungen zum regionalen Wirtschaftswachstum in Bayern. In: Ifo-Schnelldienst, 57. Jg., H. 15, S. 8-13.
- Maier, Gunther/Tödting, Franz (2002): Regional- und Stadtökonomik 2. Regionalentwicklung und Regionalpolitik. Zweite, erweiterte Auflage, Wien/New York: Springer.
- Maier, Jörg (Hrsg.) (1998): Bayern mit einem Anhang Fakten – Zahlen – Übersichten. 74 Karten und Abbildungen sowie 70 Tabellen, Gotha/Stuttgart: Klett-Perthes.
- Mayer, Hans (1986): Probleme und Strukturen der bayerischen Wirtschaft – Bayerns Entwicklung vom Agrar- zum Industriestaat. In: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

- (Hrsg.): Freistaat Bayern. Die politische Wirklichkeit eines Landes der Bundesrepublik Deutschland. 4. überarbeitete Auflage, München, S. 371-386.
- Merz, Peter (1999): Freistaat Bayern. Ein Fünftel Deutschlands. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Die Bundesländer. 50 Jahre Bundesrepublik. Der Bürger im Staat, 49. Jg., H. 1/2, S. 12-22.
- Niebuhr, Annektrin/Stiller, Silvia (2004): Zur Bedeutung von Standortfaktoren: Was macht einen Standort attraktiv für qualifizierte Arbeitskräfte und Kapital? In: Hönekopp, Elmar/Jungnickel, Rolf/Straubhaar, Thomas (Hrsg.): Internationalisierung der Arbeitsmärkte. IAB-Kontaktseminar vom 13.-17.05.2002 im Hamburgischen Weltwirtschafts-Archiv (HWWA). Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 282, Nürnberg, S. 233-257.
- Prognos (2004): Zukunftsatlas 2004.
- Regierungserklärung (1996): Offensive Zukunft Bayern Teil II: Regierungserklärung des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber zur Verwendung weiterer Privatisierungserlöse im Bayerischen Landtag am 23. Mai 1996.
- Regierungserklärung (1994): Offensive Zukunft. Regierungserklärung des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber am 21. Juli 1994 im Bayerischen Landtag.
- Roncador, Alexander von (2004): Die Wanderungen in Bayern in langfristiger Betrachtung. In: Bayern in Zahlen, 135. Jg., H. 10, S. 373-378.
- Schettkat, Ronald (1997): Die Interdependenz von Produkt- und Arbeitsmärkten. Die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung der Industrieländer aus der Produktmarktmarktperspektive. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 30. Jg., H. 4, S. 721-731.
- Siemens (2005): Willkommen bei Siemens Erlangen.
URL: http://www.siemens.de/index.jsp?sdc_p=c61z3s8uo1063583pnfl0mi272&sdc_sid=22607856921&sdc_locviewtype=production&; Zugriff am 8.8.2005.
- Sime, Carol (2004): Das Markenprofil Oberbayern stärken. In: Wirtschaft. Das IHK-Magazin für München und Oberbayern, H. 4.
- Schlömer, Claus/Bucher, Hansjörg (2001): Arbeitslosigkeit und Binnenwanderungen. Auf der Suche nach einem theoriegestützten Zusammenhang. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 1, S. 33-47.
- Sternberg, Rolf/Tamasy, Christine (1999): Munich as Germany's No. 1 High Technology Region: Empirical Evidence, Theoretical Explanation and the Role of Small Firm/Large Firm Relationships. In: Regional Studies, Vol. 33, H. 4, S. 367-377.
- [StMLF] Bayerisches Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten (2004): Bayerischer Agrarbericht 2004.
- [StMWIVT] Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (Hrsg.) (2004): Bayerns Wirtschaft in Zahlen. 2004. Stand: August 2004.

- [StMWIVT] Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (Hrsg.) (2003): Bayern 2020 – Industriereport. Analysen, Trends, Prognosen. Eine Studie der Prognos AG im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie.
- [StMWVT] Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie (o. J.): Industriebericht Bayern 2003.
- [StMWVT] Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie (2002): Tourismusstandort Bayern. Aktuelle Entwicklungen.
- [StMWVT] Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie (2000): Dienstleistungsstandort Bayern. Ein Gutachten des Instituts für Wirtschaftsgeographie der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Technologie.
- Treml, Manfred (Hrsg.) (1994a): Geschichte des modernen Bayern. Königreich und Freistaat, München.
- Treml, Manfred (1994b): Königreich Bayern (1806-1918). In: Ders. (Hrsg.), S. 13-145.
- Ziegler, Astrid (2002): Beteiligungsorientierte Technologie- und Innovationspolitik - die Beispiele Bayern, Nordrhein-Westfalen und Sachsen. In: WSI-Mitteilungen, 55. Jg., H. 11, S. 656-662.

Impressum

IAB regional. IAB Bayern

Nr. 01 / 2005

Herausgeber

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
der Bundesagentur für Arbeit
Weddigenstr. 20-22
D-90478 Nürnberg

Rechte

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit
Genehmigung des IAB gestattet

Bezugsmöglichkeit

Volltext-Download dieses Forschungsberichtes
unter:

http://doku.iab.de/regional/by/2005/regional_by_0105.pdf

IAB im Internet

<http://www.iab.de>

Rückfragen zum Inhalt an

Lutz Eigenhüller, Tel. 0911/179-4344,
oder e-Mail: lutz.eigenhueller@iab.de

ISSN 1861-4752